

**ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE TREPTOW-KÖPENICK**

**PRESSE 2011**

05.01.2011 | *Neues Deutschland*

**Braune Neujahrsschmierereien. Rechtsextremisten sprühen neonazistische Parolen an das Zentrum für Demokratie**

---

16.03.2011 | *blick nach rechts*

**Zentrum für Demokratie im Fokus**

---

19.05.2011 | *die tageszeitung*

**Ein tierisches Zeichen. Mit weidender Kuh gegen dumme Ochsen**

---

07.06.2011 | *die tageszeitung*

**Die Helfer gegen rechts**

---

21.06.2011 | *die tageszeitung*

**Neuer Laden in Schöneweide. Campingbedarf im Nazi-Kiez**

---

21.06.2011 | *Neues Deutschland*

**Thor Steinar neben dem Henker?**

---

04.07.2011 | *Der Tagesspiegel*

**Leserkommentar. Es ist völlig unangebracht, von einem Rechts-Links-Konflikt zu sprechen**

---

06.07.2011 | *Bier statt Blumen. BerlinBlog*

**Schöneweide weidet lieber ohne Nazis – Protest gegen rechte Szene im Kiez**

---

01.11.2011 | *www.infothek88vier.de*

**"Verdeckte Symbole"**

---

10.11.2011 | *der freitag*

**Im Angstraum**

---

15.11.2011 | *die tageszeitung*

## **Neonazi-Symbolik. Rote Fahnen statt Hakenkreuzen**

---

*28.11.2011 | Berliner Zeitung*

**Gesicht zeigen gegen Rechts**

---

*30.11.2011 | zdf-Morgenmagazin*

**Neonazis in der Nachbarschaft**

---

*08.12.2011 | die tageszeitung*

**Berlins Neonazi-Zone. Schöneweide wird rechter Tummelplatz**

---

*08.12.2011 | tip Berlin*

**Die Neonazi-Szene in Berlin**

---

05.01.2011 | Neues Deutschland

## **Braune Neujahrsschmierereien. Rechtsextremisten sprühen neonazistische Parolen an das Zentrum für Demokratie**

*Marina Mai*

Unbekannte Rechtsextremisten haben am Neujahrstag an der Fassade des Zentrums für Demokratie (ZfD) gegenüber dem S-Bahnhof Schöneweide eine Neujahrsbotschaft hinterlassen. Sie beschmierten das Gebäude am Michael-Brückner-Platz sowie drei Nachbarhäuser großflächig mit Hakenkreuzen und rechten Parolen wie »NS jetzt« und »Auf 2011 – Kampf«. Das bestätigt Polizeisprecher Florian Nath dem ND: »Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet, Hinweise auf die Täter gibt es noch nicht.«

Obwohl das Zentrum für Demokratie, das die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Treptow-Köpenick koordiniert, erst dabei ist, die neuen Räume zu beziehen, wurde es bereits zum dritten Mal angegriffen. Im November wurden nach Angaben des ZfD die Fensterscheiben eingeschlagen, zwei Wochen später demolierten Unbekannte eine Jalousie.

Kati Becker vom Freien Träger: »Bisher war uns nicht klar, ob Rechtsextremisten dahinter standen oder ob es bloßer Vandalismus war. Es gab keine rechten Schmierereien. Jetzt können wir davon ausgehen, dass unsere Räume ganz bewusst im Fokus der rechten Szene stehen.« Die Schmierereien, so Kati Becker weiter, »unterstreichen die Wichtigkeit des Zentrums für Demokratie«. Ganz bewusst haben sowohl das Bezirksamt von Treptow-Köpenick als auch der Träger sich für einen Standort zwischen dem S-Bahnhof Schöneweide und der Nazikneipe »Zum Henker« entschieden. »Wir wollen den Rechten nicht diesen Kiez überlassen. Wir wollen von hier aus Veranstaltungen und Ausstellungen organisieren und damit für die Bürger antirassistische Demokratie erlebbar machen«, sagt Katie Becker.

Hans Erxleben vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und zugleich Bezirksverordneter der LINKEN spricht von einem bewussten Anschlag der Nazis gegen das Zentrum. »Sie wollen deutlich machen, dass sie diesen Kiez als ihre Zone reklamieren.« Der Anschlag hat auch Solidarität ausgelöst: Die Jusos haben angekündigt, alle Schmierereien in den nächsten Tagen zu beseitigen. Die Fraktion der LINKEN in der BVV wird ihre nächste Fraktionssitzung am Montag demonstrativ in den Räumen des Zentrums abhalten, zwischen Malerutensilien und

Umzugskartons. »Wir wollen uns vor Ort mit der aktuellen Entwicklung des Rechtsextremismus und demokratischen Gegenstrategien beschäftigen«, sagt Erxleben.

Nazischmierereien, Verstöße gegen das Waffengesetz und schwere Straftaten, die rechten Tätern zugeordnet werden, sind in der Brückenstraße, der braunen Hochburg Berlins, indes nichts seltenes. Immer wieder wurde das Wahlkreisbüro des LINKEN-Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi dort beschmiert. Die schwerste Straftat geschah am 30. Oktober 2009: Zwei Zuwanderer wurden etwa 150 Meter von der Nazikneipe »Zum Henker« entfernt beleidigt und körperlich attackiert. Einem der Männer wurde dabei mit einer Glasflasche so heftig ins Gesicht geschlagen, dass er trotz Notoperation erblindete.

Seit die Kneipe »Zum Henker«, laut Verfassungsschutz ein »Kristallisationspunkt der aktionsbereiten rechtsextremen Szene Berlins« mit einem »geschlossenen rechtsextremen« Publikum, Anfang 2009 dort Räume bezog, haben mehrere Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund ihre Räume in der Umgebung aufgegeben. Das Bezirksamt versucht, die Kneipe schließen zu lassen – bisher ohne Erfolg.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/187851.braune-neujahrsschmierereien.html>

---

16.03.2011 | *blick nach rechts*

## **Zentrum für Demokratie im Fokus**

*Theo Schneider*

*Berlin – Am Dienstagabend versammelten sich in Berlin-Schöneeweide rund 30 Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum zu einer Kundgebung gegen eine zeitgleich stattfindende Veranstaltung im „Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick“, bei der über die umstrittene Extremismusklausel diskutiert wurde.*

Der Anmelder der rechtsextremen Versammlung Uwe Dreisch, ehemaliger Chef des 2009 verbotenen „Frontbann 24“, wettete in seinem knapp 30-minütigen Redebeitrag gegen die Referentin der Veranstaltung, die Leiterin der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ Bianca Klose, und beklagte sich über die staatliche Finanzierung von Projekten gegen Rechts.

Seit dem Umzug des Zentrums im Dezember vergangenen Jahres zu seinem jetzigen Standort am Bahnhof Berlin-Schöneweide, unweit des bekannten Neonazi-Treffpunkts „Zum Henker“, ist die Einrichtung im Fokus der örtlichen rechten Szene. Immer wieder kam es zu Sachbeschädigungen, Hakenkreuz-Sprühereien und Bedrohungen der Besucher. Direkt nach dem Einzug waren die Scheiben eingeworfen worden. Zuletzt wurden am vergangenen Wochenende durch Stein- und Flaschenwürfe die Rollläden der Einrichtung beschädigt.

### **Wohn- und Aktionsraum zahlreicher Rechtsextremisten**

Das Zentrum ist für die Neonazis eine Provokation, da der Kiez jahrelang als „Angstraum“ für potenzielle Betroffene rechter Gewalt galt und bis heute Wohn- und Aktionsraum zahlreicher Berliner Rechtsextremisten darstellt, die diesen Zustand gerne aufrechterhalten wollen. Das ihnen das aber immer schlechter gelingt, zeigen die letzte Woche veröffentlichten Zahlen der „Registerstelle zur Erfassung rassistischer, antisemitischer und rechtsextrem motivierter Vorfälle in Treptow-Köpenick“ für das Jahr 2010. Zwar ist der Stadtteil im bezirksweiten Vergleich noch immer führend was rechtsextreme Vorfälle angeht, aber mit abnehmender Tendenz in Qualität und Anzahl.

Die schlecht besuchte braune Kundgebung vom Dienstag in einer dunklen Ecke am Bahnhof Schöneweide bestätigt diese Einschätzung, reiht sich aber auch nahtlos ein in die Serie rechtsextremer Aktivitäten gegen das „Zentrum für Demokratie“.

Quelle: <http://www.bnr.de/content/zentrum-fuer-demokratie-im-fokus>

---

19.05.2011 | die tageszeitung

### **Ein tierisches Zeichen. Mit weidender Kuh gegen dumme Ochsen**

Marina Mai

*Beim Schöneweider Demokratiefest gibt es dieses Jahr eine besondere Attraktion: Bauer Joachim Mandler aus Rudow bringt seine Kuh Margot mit - als Zeichen gegen den rechten Problemkiez.*

Margot trampelt ganz langsam über die Weide am südlichen Rand Berlins: In Rudow, nur wenige hundert Meter von der Stadtgrenze entfernt. Hier steht die weiß-schwarz-gefleckte Kuh mit ihren 79 Artgenossinnen auf dem Bauernhof von Joachim Mandler, einem der letzten beiden Milchbauern Berlins, und lässt sich das Gras schmecken.

Mit ihren sieben Jahren ist Margot eine ausgewachsene Milchkuh. Dass sie dürr wirkt, spreche nicht gegen die Qualität der Rudower Weiden, versichert Bauer Mendler. "Das liegt an der Sorte. Sie ist ein Holstein-Friesian-Rind und auf Milchleistung gezüchtet."

An diesem Samstag wird Margot auswandern, für einen Tag ihre Schwestern verlassen und auf einer eigens für sie eingezäunten Kleinweide Quartier beziehen. "Zwischen Bahngleisen, einem Dönerstand, Biertrinkern und einem Volksfest", sagt Bauer Mendler und grinst. Margot nimmt nicht einmal Notiz davon. Sie dreht sich ganz langsam um sich selbst und sondert einen Kuhfladen ab. Kapiert hat sie noch nicht, dass sie einen ganzen Tag lang zum Star avanciert.

"Schöner weiden ohne Nazis" hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick ihr diesjähriges interkulturelles Demokratiefest genannt. Es ist ein Wortspiel, bezogen auf den Ort, an dem es stattfindet: Am S-Bahnhof Schöneweide, dem rechten Problemkiez der Stadt. Die Nazikneipe "Zum Henker" liegt 300 Meter entfernt.

Auf der Wiese, die für Margot bereit steht, schlafen sonst Alkoholleichen ihren Rausch aus. Am Samstag laden eine Hüpfburg und Sportangebote Kinder ein. Tanzgruppen zeigen ihre Programme. Lokalpolitiker diskutieren auf der Bühne, wie der rechten Gewalt begegnet werden kann. "Der Bahnhof Schöneweide ist sonst ein Angstraum für Migranten, Schwule, Lesben und alternative Jugendliche", sagt Björn Malycha, Mitorganisator des Festes. Wenn am Abend Bands spielen, ist Margot bereits zurück in ihrem Stall in Rudow. Das verlangt der Tierschutz.

Wann vor Margot die letzte Kuh in Schöneweide weidete, ist historisch nicht dokumentiert. Ortschronist Georg Türke zuckt die Schultern. Fest steht: Bereits 1598 erwähnte Kurfürst Joachim II. in einer Reisebeschreibung die "Schöne Weyde", damals eine satte Wiese beiderseits der Spree. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts siedelten sich erste Textilbetriebe an. Daneben standen kleine Handwerksbetriebe mit angeschlossener Weidewirtschaft zur Selbstversorgung der Handwerker und Ausflugsgaststätten für die Berliner. Noch lange gab es laut Türke in den Hinterhöfen der Arbeitersiedlungen einzelne Kuhställe "von den Besitzern liebevoll Molkereibetriebe genannt".

1920 wurden Niederschöneweide und Oberschöneweide zu Ortsteilen von Berlin. Ihre Entwicklung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist eng mit AEG und der Großindustrie verbunden. Hier brummt die Maschinen und rauchten die

Schornsteine. Die hungrige Industrie pumpte von den einst saftigen Wiesen das Grundwasser ab. Für Ost-Berlin waren die Ortsteile Nieder- und Oberschöneweide bis zur Wende wichtige Industriestandorte mit 20.000 Beschäftigten. Seit Samsung 2005 seinen Produktionsstandort aufgab, steht der Name Schöneweide nicht mehr für Industrie, sondern für einen rechten Problemkiez. An die Weidewirtschaft erinnern heute nur noch der Ortsname sowie die Straßennamen Wilhelminenhofstraße und Hasselwerderstraße.

Margot glotzt irritiert und gallopiert erschrocken weg. Etwas hat sie aus der Fassung gebracht. War es das Klicken der Kamera der taz-Fotografin, die immerzu um sie herum läuft? Margot kennt das Muhen ihrer Artgenossinnen, das Wiehern der Pensionspferde ihres Bauern. Sie kennt Zug- und Treckergeräusche. Fotografiert wurde sie noch nie.

Seit 1982 ist Joachim Mandler Bauer in Rudow. Bis dahin hatte er seinen Hof in der Innenstadt, in der Potsdamer Straße. "Da war ich der Exot in der Großstadt", erinnert er sich. Touristen kamen zum Gucken. Und auch Berlins Ex-Regierender Richard von Weizsäcker (CDU) war mal bei ihm zu Gast. Auf seinen Hof nach Rudow hat sich noch kein Politiker verirrt.

Aber die Kunden drängen in seinen kleinen Hofladen. Sie füllen ihre mitgebrachten Mineralwasserflaschen mit Milch, kaufen Eier aus Freilandhaltung oder Käse und Fleisch aus artgerechter Tierhaltung. Die Milch wird hier so verkauft, wie sie aus der Kuh kommt, das Fett ist noch nicht entzogen. "Hier kommen nicht nur Leute aus Rudow. Auch viele Treptower kaufen Milch", sagt Mandler. Einige der Hochhäuser, aus denen sie kommen, sind in Sichtweite. Große Mengen Milch kaufen Türken und Kaukasier aus Neukölln und Rudow. "Aus meiner Milch können sie ihren traditionellen Käse und Joghurt machen. Mit der Milch aus Supermärkten funktioniert das nicht mehr", weiß Mandler.

Politik interessiert ihn eigentlich nicht, sagte der Bauer. Das Demokratiefest unterstützt er trotzdem. "Es ist ja nicht verkehrt, am Bahnhof Schöneweide mal andere Akzente zu setzen, dort wo sonst nur Alkoholiker abhängen." Und wenn er dazu etwas beitragen kann, "dann helfe ich doch gern". Margot hebt den Kopf vom Gras, als wollte sie nicken.

Quelle: <http://www.taz.de/!71039/>

---

07.06.2011 | die tageszeitung

## Die Helfer gegen rechts

Konrad Litschko

*DEMOKRATIE. Seit zehn Jahren ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Vorkämpferin gegen Neonazis in Berlin. Mit Erfolg: Heute stellen sich selbst behäbige Bezirksbürgermeister den Rechten in den Weg.*

Als Schöneweide vor kurzem zum Demokratiefest rief, kamen sie alle. Der Bezirksverband der Gartenfreunde, die Hochschule für Technik und Wirtschaft, die Musikschule, CDU und Linkspartei. "35 Stände und alle hatten sich im Vorfeld etwas einfallen lassen", freut sich Kati Becker. Gut 1.000 Gäste besuchten am Ende das Fest am S-Bahnhof Schöneweide. "Udenkbar", so Becker, sei diese Resonanz noch vor Jahren gewesen.

Die 31-Jährige - blonder Zopf, schwarze Pulloverjacke - ist Mitarbeiterin des Zentrums für Demokratie in Schöneweide. Ein Backsteinbau mit großem Konferenzraum, Büro und einer "Beratungsecke" mit blauem Sofa, gleich gegenüber dem Bahnhof. Becker kennt auch das andere Schöneweide. Als Ende 2010 das Demokratiezentrum eröffnet wird, zerschlagen Rechtsextreme nachts alle Scheiben des Hauses. Berlins beliebteste Nazikneipe, der "Henker", wirbt nur einige Meter weiter mit Bier namens "Odinstrunk". 2009 verprügelten dortige Gäste einen Migranten, sodass dieser auf einem Auge fast erblindete. Im Bezirk, Treptow-Köpenick, steht die NPD-Bundeszentrale. Deren Bundeschef Udo Voigt sitzt mit zwei NPD-Kollegen im Bezirksparlament. "30 bis 40 Prozent der in Berlin aktiven Neonazis leben in Schöneweide", sagt Becker. Inzwischen aber erobere sich die Mehrheitsgesellschaft den Stadtteil schrittweise zurück. Daran, und das weiß nicht nur Kati Becker zu berichten, hat wesentlich die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) mitgewirkt.

Gründerin und Gesicht der MBR ist Bianca Klose. Die 38-Jährige sitzt in ihrem Büro in der Chausseestraße in Mitte, unweit der Großbaustelle für die neue BND-Zentrale. Helle, karge Räume, reihenweise schwarze Aktenordner in den Regalen. Fünf Mitarbeiter sitzen betriebsam schweigend vor ihren PCs. Schöneweide, sagt Klose, sei eine Herausforderung. "Aber die Erfolge überwiegen."

Klose ist tough. Durchdringende Stimme, bestimmte Sätze. Die blonden Haare zum Zopf gebunden, Lederarmband, offenes kariertes Hemd überm weißen Tanktop. Seit

2001 sind die Politologin und ihr achtköpfiges Team in Berlin unterwegs, am Mittwoch feiern sie ihr zehnjähriges Jubiläum im Kreuzberger Lido. Dass sich die Hauptstadt heute "bis weit in die bürgerliche Mitte" aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus stelle, sagt Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening, das sei auch Verdienst der MBR.

In Schöneweide zeigt sich, wie. Seit 2002 ist die MBR hier mit zwei festen Mitarbeitern aktiv. Wenn früher Neonazis durch den Bezirk marschierten, stellten sich ihnen zumeist Gegendemonstranten von außerhalb entgegen. Und waren danach wieder weg.

Die MBR blieb. Besuchte Jugendclubs, Stadträte, Kleingartenvereine. Klärte über rechtsextreme Umtriebe auf, benannte lokale "Angsträume" für Alternative, Ausländer, Schwule. Setzte sich ins Bezirksparlament und protokollierte, wenn die NPD wieder ausfällig wurde. Sprach mit den Vermietern des Nazitreffs "Spreehexe", bis dieser schloss. Verteilte Checklisten für Anti-Nazi-Demos, Demokratiefeste und Zivilcourage.

"Hilfe zur Selbsthilfe" nennt Klose das. "Wir lösen das Problem nicht, aber wir unterstützen diejenigen, die es lösen wollen." Die MBR hat dafür eine klare Botschaft: Hingucken lohnt. "Weil am Ende eine lebendige Zivilgesellschaft steht", so Klose. In der für Rechtsextreme kein Platz sei.

Kati Becker sieht diesen Weg in Schöneweide bestätigt. Die Vernetzung der verschiedensten Akteure im Bezirk, die "Professionalisierung der Aktiven", das sei die größte Leistung der MBR. Heute sitzen im Bündnis für Demokratie und Toleranz neben allen demokratischen Parteien auch die Volkssolidarität, der Seglerclub und die Baptistengemeinde. "Selbst die CDU unterschreibt inzwischen Antifa-Aufrufe gegen Rechtsextremismus", so Becker. Und rechte Übergriffe habe es in Schöneweide im letzten Jahr nur noch einen einzigen gegeben. "Schritt für Schritt wurde den Nazis der öffentliche Raum genommen."

Nicht nur in Schöneweide. Wollen Rechtsextreme heute in Berlin in öffentlichen Räumen tagen, sind sie - auf Initiative der MBR - in allen Bezirken gezwungen, eine "antifaschistische Mietklausel" zu unterzeichnen. Verfassungsfeindliche Äußerungen sind ihnen darin untersagt. Auch dass Neonazis nicht mehr zu Podien eingeladen werden, weil sie nicht an Diskurs, sondern an Propaganda im Sinne ihrer Wortergreifungsstrategie interessiert sind, steht nicht mehr in Frage.

Im Lichtenberger Weitlingkiez, lange Zeit rechtsextremer Brennpunkt der Stadt, lobt man heute lautstark das Engagement der MBR. Es gebe kaum ein Thema, zu dem diese keine passende Handreichung parat habe, sagt Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (Linke). Beständig, kompetent, verlässlich sei die "tolle Truppe". Heute gibt es in Lichtenberg ein aktives Bündnis gegen rechts, über 100 Demokratie-Projekte wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Neonazis sind im Weitlingkiez nur noch selten präsent. Als die Rechten 2008 durch Lichtenberg marschieren wollten, setzte sich auch Emmrich zu den Blockierern - und wurde von der Polizei abgeführt. "Vielleicht", sagt die Bürgermeisterin lachend, "war auch dieser Mut ein bisschen der MBR geschuldet."

Der Integrationsbeauftragte Günter Piening erinnert sich an die "anfängliche Skepsis und den konservativen Gegenwind", als die MBR 2001 in Berlin gegründet wurde. Vorausgegangen war ein von der Bundesregierung ausgerufenen "Aufstand der Anständigen" nach einer Reihe rechtsextremer Übergriffe. Heute ist die MBR auch bei CDU, Polizei und Innensenator gefragte Expertin. "Und das", betont Piening, "ohne je ihren Ansatz verwässert zu haben."

Ein Erfolg nicht ohne Schattenseiten. Seit Jahren zählt Bianca Klose in der rechtsextremen Szene zu den Feindbildern Nummer eins. Kloses Foto wird auf Neonazi-Seiten veröffentlicht, ihr Name auf rechten Aufmärschen mit Drohungen belegt. "Je weiter wir die Nazis zurückdrängen, desto direkter zielen sie auf ihre politischen Gegner", räumt Klose ein. "Das zeigt aber auch, dass sie ihre Räume bedroht sehen."

Widerstand erfährt die MBR neuerdings auch von ganz anderer Seite. Einer "Extremismusklausel" der schwarz-gelben Bundesregierung für Anti-rechts-Programme verweigerte Klose öffentlich die Unterschrift - wenig später protestierte auch der Berliner Senat. In der Klausel sollen Projektträger ihre Partner auf deren Verfassungstreue ausleuchten. "Wir brauchen kein Klima des Misstrauens, sondern eine Unterstützung der Engagierten vor Ort", kritisiert Klose. Denn Arbeit gebe es genug. Künftig auch mit den in Berlin auftauchenden rechtspopulistischen Parteien. Mit Rassismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft und die etablierte Politik reiche. "Ein zunehmend wichtigeres Handlungsfeld."

Auch Schöneweide wird Herausforderung bleiben. Weil im Kiez nachts immer noch rechte Symbole gesprayt und Scheiben eingeschlagen werden. Weil sich im "Henker" weiter Neonazis zu Schulungen und Saufabenden treffen. Oder weil im

September mit Sebastian Schmidtke Berlins umtriebiger Neonazi ins Bezirksparlament einziehen will.

Bianca Klose und Kati Becker sind dennoch hoffnungsfroh. Hunderte Protest-Postkarten werde man demnächst dem Vermieter des "Henker" übergeben, erzählt Becker. Geschrieben von den Schöneweider Bürgern auf dem Demokratiefest Ende Mai. Auch Unternehmer hätten sich gemeldet, die anstelle des "Henker" in die Räume ziehen würden. Sofort. Sogar mit einer höheren Miete.

*Quelle:*

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=bl&dig=2011%2F06%2F07%2Fa0153&cHash=901c07f21d>

---

21.06.2011 | die tageszeitung

### **Neuer Laden in Schöneweide. Campingbedarf im Nazi-Kiez**

*Marina Mai*

*Unmittelbar neben der Nazi-Kneipe "Zum Henker" will ein Kleiderladen eröffnen. Der NPD-Landesvize Sebastian Schmidtke geht bereits ein und aus. Polizei beobachtet die Entwicklung.*

In Schöneweide, nur rund 50 Meter von der Nazi-Kneipe "Zum Henker" entfernt, ist die rechte Szene allem Anschein nach dabei, einen zweiten Treff zu installieren. "Outdoor, Camping, Militär, Security" steht auf der noch unvollständig dekorierten Schaufensterscheibe eines Ladens in der Brückenstraße, der gerade mit Ware bestückt wird. Rucksäcke, T-Shirts und Hosen kann man durch die fast immer geöffnete Tür entdecken. Marken sind aus der Distanz nicht erkennbar. Und der Zutritt bleibt Außenstehenden verwehrt. Drinnen sind zwei Männer mit dem Einräumen von Kleidung in noch leere Regalfächer beschäftigt.

Wird hier ein neuer Laden mit bei Rechtsextremen beliebten Kleidermarken eröffnet? Mehrere Anwohner haben sich bereits besorgt an das bezirkliche Bündnis für Demokratie gewandt. Sie hätten, so ein Vertreter des Bündnisses, Sebastian Schmidtke in dem Laden aus und ein gehen und Waren abladen gesehen. Schmidtke ist stellvertretender Landesvorsitzender der rechtsextremen NPD, Anmelder zahlreicher Nazi-Demos und führender Kopf der autonomen

Kameradschaftsszene. Ein Anwohner will auch szenetypische rechte T-Shirts unter der Ladenware erkannt haben.

Der für die Bekämpfung rechtsextremer Straftaten zuständige polizeiliche Staatsschutz interessiert sich bereits für den noch nicht eröffneten Laden. "Uns ist die beabsichtigte Öffnung bekannt", sagt Polizeisprecher Frank Millert. Strafrechtliche Ermittlungen gebe es bisher noch keine.

Auch das Bündnis für Demokratie in Treptow-Köpenick hat sich mit dem Laden befasst, sagt Bündnis-Mitglied Kati Becker. Das parteiübergreifende Gremium zeigt sich besorgt, dass in dem rechtsextrem dominierten Niederschöneweide neben dem "Henker" ein zweiter Rechtstreff entstehen könnte. Man habe daher vereinbart, sich an den Vermieter des Ladens in der Brückenstraße zu wenden.

Marion Seelig, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, hat sich schon umgehört: "Meine Recherchen haben ergeben, dass Sebastian Schmidtke diesen Laden angemietet hat." Als Gewerbebezug stehe "Textilien und Gebrauchsgüter" im Mietvertrag, so Seelig.

Schmidtke selbst dementiert gegenüber der taz, Betreiber des noch nicht eröffneten Ladens zu sein. Dass er öfter drinnen gewesen sei, räumt er ein. Der Vermieter des Hauses selbst will sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht dazu äußern, wer seinen Laden angemietet hat.

Für Marion Seelig ist die beabsichtigte Eröffnung des Ladens "ein weiterer dreister Versuch der Rechtsextremen, sich im Kiez Schöneweide zu etablieren."

Der Stadtteil Schöneweide gilt als die Berliner Hochburg der Rechtsextremisten. Hier tauchen nicht nur regelmäßig Aufkleber und Schmierereien mit Hakenkreuzen und rechten Parolen auf wie "Kauft bei Deutschen", "Millionen Fremde kosten uns Milliarden. Ausländer in ihre Heimat zurückführen", "Wir kriegen euch alle" oder "NS jetzt". Es gab auch schwere Schlägereien mit rechtem Hintergrund.

Quelle: <http://www.taz.de/!72790/>

---

21.06.2011 | Neues Deutschland

## **Thor Steinar neben dem Henker?**

*Marina Mai*

### *Ladeneröffnung in Niederschöneweide geplant, Anwohner fürchten neuen Treff für Rechtsextreme*

In Niederschöneweide, nur etwa 50 Meter von der Nazi-Kneipe »Zum Henker« entfernt, ist die rechte Szene allem Anschein nach dabei, sich einen zweiten Treff zu installieren. »Outdoor, Camping, Militär, Security« steht auf der noch unvollständig dekorierten Schaufensterscheibe eines Ladens in der Brückenstraße 9. Der wird gerade mit Ware bestückt. Man sieht Lieferwagen davor halten, Männer laden die Ware ab, und durch die meist geöffnete Tür kann man Rucksäcke, T-Shirts und Hosen sehen. Wird hier bald ein neuer Thor-Steinar-Laden eröffnet? Thor Steinar ist eine bei Rechtsextremen beliebte Kleidermarke.

Anwohner hatten sich besorgt an das Bündnis für Demokratie in Treptow-Köpenick gewandt, wie ND erfuhr. Sie hätten, so ein Vertreter des Bündnisses, Sebastian Schmidtke in dem Laden aus- und eingehen und Waren abladen gesehen. Schmidtke ist stellvertretender Landesvorsitzender der rechtsextremen NPD und Anmelder zahlreicher Nazi-Demos. Ein Anwohner will auch szenetypische rechte T-Shirts unter der Ware erkannt haben.

Der Laden war Tagesordnungspunkt auf der Sitzung des Bündnisses für Demokratie in der letzten Woche, sagt Mitglied Kati Becker. Das Bündnis war besorgt, dass in dem rechtsextrem dominierten Niederschöneweide und in unmittelbarer Nachbarschaft zum »Henker« ein zweiter Rechtstreff entstehen könnte. Es sei vereinbart worden, sich an den Vermieter zu wenden.

Die LINKEN-Innenexpertin Marion Seelig wollte wissen, wer hinter dem Laden steckt. »Meine Recherchen haben ergeben, dass Sebastian Schmidtke diesen Laden angemietet hat«, erklärt sie. Schmidtke selbst dementiert auf Anfrage, Betreiber des noch nicht eröffneten Ladens zu sein. Dass er öfter drinnen gewesen sei, räumt er ein. Der Vermieter will sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht dazu äußern, wer seinen Laden angemietet hat. Auch der für die Bekämpfung rechtsextremer Straftaten zuständige polizeiliche Staatsschutz interessiert sich bereits für den Laden. »Uns ist die beabsichtigte Öffnung bekannt«, sagt Polizeisprecher Frank

Millert. Für Marion Seelig wäre die Eröffnung »ein weiterer dreister Versuch der Rechtsextremen, sich im Kiez Schöneweide zu etablieren«.

Niederschöneweide ist ein Kiez, den die rechte Szene als »ihren« reklamiert. Hier tauchen regelmäßig Aufkleber und Schmierereien mit Hakenkreuzen und rechten Parolen auf, wie »Kauft bei Deutschen«, »Millionen Fremde kosten uns Milliarden. Ausländer in ihre Heimat zurückführen« oder »NS jetzt«. Die Polizei erfasste dort 2010 insgesamt 39 politisch motivierte Straftaten.

Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht hat dabei die Kneipe »Zum Henker« eine »hohe Symbolkraft für die gesamte rechtsextremistische Szene Berlins«. Real ging die Netzwerkfunktion der Kneipe aus der Sicht der Schlapphüte allerdings zurück. Sie sei nicht mehr überregional, sondern hauptsächlich für die Berliner Ostbezirke und das angrenzende Brandenburg bedeutsam. Sogar ein Teil der Stammgäste »wich auf andere Lokalitäten in der Umgebung aus«. Nicht auszuschließen, dass das in Zukunft auch ein Kleiderladen sein könnte.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/200282.thor-steinar-neben-dem-henker.html>

---

04.07.2011 | *Der Tagesspiegel*

### **Leserkommentar. Es ist völlig unangebracht, von einem Rechts-Links-Konflikt zu sprechen**

*Von Kati Becker / Hans Erxleben*

*Kati Becker und Hans Erxleben widersprechen unserer Berichterstattung zur Eröffnung des Neonazi-Ladens "Hexogen" in Schöneweide. Das Engagement gegen Neonazis gehe nicht von Extremisten aus.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Unverständnis haben wir besagten Artikel am 3.7.2011 auf der Internet- und Printseite des Tagesspiegels wahrgenommen. Einerseits diskreditiert er das notwendige zivilgesellschaftliche, demokratische Engagement im Ortsteil Schöneweide und verharmlost auf der anderen Seite, dass der NPD-Vize Berlins einen Laden eröffnet, der eine klare rechtsextreme Ausrichtung hat und das in einem Ortsteil, der Wohnort und Aktionsschwerpunkt für Rechtsextreme in Berlin ist.

**„Extremisten“ und der „Rechts-Links-Konflikt“**

Mit der Überschrift „Frontlinie der Extremisten - Neuer Neonazi-Laden in Schöneweide verschärft den Rechts-Links-Konflikt“ suggerieren Sie, es würde sich um einen Konflikt von „Extremisten“ handeln, der durch den neuen Laden in Schöneweide verschärft würde.

Das ist schlichtweg falsch. Es gibt demokratische und zivilgesellschaftliche Initiativen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, die sich im Bezirk Treptow-Köpenick engagieren, insbesondere in Schöneweide. Sie bezeichnen die dort Aktiven als „Linke“ oder „Extremisten“. Zur Situation in Schöneweide: Der öffentliche Raum um den S-Bahnhof Schöneweide ist seit vielen Jahren von Neonazis dominiert, die dort Menschen anpöbeln oder verprügeln, die entweder nicht „deutsch“ aussehen, Behinderungen haben oder als politische Gegner wahrgenommen werden. Die Anzahl der Angriffe variiert in den letzten Jahren und war mittlerweile etwas zurückgegangen. Mit der Eröffnung der Kneipe „Zum Henker“ 2009 stiegen diese Angriffe wieder an und sie gingen vom Publikum der Kneipe aus. Erst nachdem das bezirkliche Bündnis für Demokratie, Behörden und Polizei gegen die Kneipe vorgingen, ließen die Angriffe nach.

In den letzten Monaten ist diese Situation wieder gekippt. Neben großflächigen Sprühereien, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder sogar fordern („NS-Jetzt“, „Baut mehr KZs“) die Andersdenkende einschüchtern sollen („No-Go-Area“, „Anti-Antifa“), die an verschiedenen Einrichtungen, wie einem Jugendclub, dem Büro der Partei die LINKE oder dem Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick gesprüht werden, bedrohen Neonazis Menschen in Schöneweide, die sie als politische Gegner wahrnehmen. Zuletzt traf es sogar Zivilbeamte der Polizei.

Wir sehen uns zur Zeit einer Situation in Schöneweide gegenüber, in der Neonazis den öffentlichen Raum für sich beanspruchen und dies mit Gewalt durchsetzen wollen. Demokratische Interventionen dagegen sind absolut notwendig und haben nicht das Geringste mit „Linksextremismus“ zu tun, sondern mit Zivilcourage. Es ist völlig unangebracht von einem Rechts-Links-Konflikt zu sprechen. Stattdessen sollte man von einem Konflikt zwischen Demokratie und Neonazis sprechen.

#### **Informationen zum neuen „Neonazi-Laden“**

Wie Sie selbst schreiben, wird der neue Laden von Sebastian Schmidtke betrieben, der Landesvize der NPD ist und von der Polizei als treibende Kraft bezeichnet wird. Mit diesem Wissen allein ist es schon verharmlosend zu schreiben „Ob man schon

mal gucken darf? „Klar, komm rein.“ Die Nazishop-Jugendlichen sind nette, höfliche Menschen ohne Argwohn.“

Die vermeintlichen netten und höflichen Jugendlichen sind Erwachsene, die wie im Fall von Sebastian Schmidtke so gut wie jede Neonazi-Demonstration in Berlin anmelden. Mit großer Wahrscheinlichkeit betreibt er auch die Internetseite nw-berlin.net. Auf dieser Internetseite findet man politische Gegner und Gegnerinnen und Einrichtungen, die die Neonazis als linke Einrichtungen ausgemacht haben. Viele Personen, die auf dieser Liste stehen, haben in den vergangenen Jahren Morddrohungen von Neonazis erhalten. An fünf der aufgeführten Einrichtungen wurden am vergangenen Wochenende Brandanschläge verübt. Sebastian Schmidtke steht in enger Verbindung mit dieser Internetseite, wie sie dem folgenden Aufkleber entnehmen können:

Der neue Laden kann nicht unabhängig von den Funktionen seines Betreibers gesehen werden. Sebastian Schmidtke ist nicht nur NPD-Vize Berlins, sondern auch umtriebiger Neonazi, der eine andere, anti-demokratisch geprägte Gesellschaftsordnung anstrebt. Insofern stellt der neue Laden einen Ausbau ohnehin vorhandener rechtsextremer Strukturen in Schöneweide dar, die den Ortsteil Schöneweide als ihr Rückzugsgebiet betrachten.

Thomas Loy hat das Sortiment des Ladens zwar beschrieben, es liest sich aber verharmlosend: „Das Hexogen-Sortiment ist noch dürftig: T-Shirts für Hardcore-Biker (Choppers Death), für Paintball-Spieler (Leute, die sich mit Farbkugeln beschießen), Barbecue-Fackeln, Springerstiefel und Camouflage-Hosen plus Kampfrucksack fürs paramilitärische Outdoor-Training. Fahrradtaschen sind im Angebot, ein Bundeswehr-Klappspaten und eine „Combat“-Schutzweste. Auch Landser-Romantik wird bedient, mit colorierten Zeichnungen von Feldzügen der Wehrmacht.“. Man hätte in diesem Zusammenhang recherchieren können, dass „Hexogen“ ein Sprengstoff ist, der im Zweiten Weltkrieg verwendet wurde. Die Betreiber des Ladens bieten paramilitärische Ausrüstung unter dem Namen eines Sprengstoffs an und sie vertreten dabei eine Ideologie, die den historischen Nationalsozialismus verharmlost.

### **Die Interviewpartnerinnen aus dem SpreelacArt**

Mit dem Abschnitt zum SpreelacArt werden gleich zwei erfolglose Strategien in der Auseinandersetzung mit Neonazis beispielhaft genannt, das „Ignorieren“ und das „Verbrüdern“: „Neben dem „Hexogen“ liegt die Galerie SpreelacArt vom Verein Kulturwerk Schöneweide. Am Tresen unterhalten sich zwei Frauen über ihre

Neonazi-Erfahrungen. Das Pöbeln im Vorbeigehen sei schlimmer geworden, seit die NPDler hier Flagge zeigen, sagt die Cafébetreiberin, aber sie höre da einfach nicht hin. Die andere Frau erzählt vom „Henker“, dass sie dort schon mal Cocktail getrunken habe, einen „Himmler“ mit Himbeergeschmack und dass es sich noch auszahlen werde, ein paar ältere Neonazis zu kennen, die einen in Schutz nehmen gegen die jungen Nazischläger, die schnell durchdrehen würden, wenn sie was getrunken hätten.“

Anstatt diese Bemerkungen in irgendeiner Art zu kommentieren, lassen Sie sie einfach nur so stehen. Dabei enthalten sie fatale Schlussfolgerungen. Eine, man müsse Neonazis ignorieren, selbst wenn sie mit Gewalt den öffentlichen Raum erobern und die andere, man könne sich vor Angriffen schützen, in dem man durch das Trinken eines „Himmlers“ suggeriere auf der Seite der Neonazis zu stehen. Dabei lassen Sie es unkommentiert stehen, dass die Dame es als völlig normal ansieht, dass man früher oder später bepöbelt würde oder gar angegriffen. Für Berlin als Großstadt, ist diese Situation ein Skandal.

Dass Sie den Artikel mit einem „hoffnungsvollen“ Zitat der Rechtsextremen enden lassen, ist in dem ohnehin verunglückten Beitrag ein zusätzliches Übel: „Viele Läden stehen hier leer, seit das „Schöneweide-Center“ die ohnehin schwache Kaufkraft auf sich zieht. Outdoor, Camping und Military, dafür gebe es aber genügend Kundschaft, sagt die blonde Frau vom Hexogen.“

Wir sind der Meinung, dass dieser Artikel die Situation in Schöneweide völlig falsch darstellt, dass er die notwendige Arbeit demokratischer Akteure diskreditiert und das strategische und gewalttätige Vorgehen von Rechtsextremen gegen eine demokratische Gesellschaft verharmlost. Wir bitten um eine Richtigstellung der Situation und stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Kati Becker, Mitarbeiterin im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick und Koordinierung des Registers zur Erfassung rassistischer, antisemitischer, homophober und rechtsextremer Vorfälle in Treptow-Köpenick

Hans Erxleben, Sprecher Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick  
Neben uns, den bezirklichen Akteuren, teilt auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin diese Einschätzung und steht für Rückfragen zur Verfügung.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/lesermeinung/leserkommentar-es-ist-voellig-unangebracht-von-einem-rechts-links-konflikt-zu-sprechen/4355386.html>;  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/lesermeinung/leserkommentar-es-ist-voellig-unangebracht-von-einem-rechts-links-konflikt-zu-sprechen-seite-2/4355386-2.html>;  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/lesermeinung/leserkommentar-es-ist-voellig-unangebracht-von-einem-rechts-links-konflikt-zu-sprechen-seite-3/4355386-3.html>

---

06.07.2011 | *Bier statt Blumen. BerlinBlog*

## **Schöneweide weidet lieber ohne Nazis – Protest gegen rechte Szene im Kiez nicole**

Sebastian Schmidtke, stellvertretender Landesvorsitzende der NPD in Berlin, ist der Betreiber des “Hexogen” – so soll der Laden heißen, der in Schöneweide Militär- und Neonazi-Kleidung, Musik und mehr verkaufen will. Hexogen ist ein giftiger Sprengstoff aus dem 2. Weltkrieg. Neben der Szenekneipe “Zum Henker” werde so in der Brückenstraße ein zweiter Neonazi-Treffpunkt entstehen. Das befürchten viele Menschen, die im Bezirk Treptow-Köpenick leben. Gestern abend demonstrierten deshalb rund 500 Menschen gegen den Laden und die rechte Szene vor Ort.

Wenige hundert Meter vom “Henker” und dem “Hexogen” entfernt ist das Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick. Wie viele andere Initiativen gegen Rechts kämpft es gerade dafür, uneingeschränkt weiter arbeiten zu können. Ein Gespräch mit Björn Malycha im Zentrum für Demokratie am S-Bahnhof Schöneweide .

Denn der Bund macht seine weitere Finanzierung von Initiativen gegen rechts und für mehr Demokratie davon abhängig, dass sie eine höchst umstrittene Klausel unterzeichnen, die sie dazu zwingt, alle Kooperationspartner zu durchleuchten. “Bespitzeln” sei das, sagen viele Initiativen und weigern sich die so genannte „Extremismusklausel“ von Familienministerin Kristina Schröder zu unterschreiben. Auch wenn das an ihre Substanz geht. Dennoch bleiben viele Initiativen bei ihrem Nein gegen die Klausel. Darunter auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin, die jetzt 20.000 Euro Spenden sammeln will, um nach dem gerade gefeierten 10jährigen Jubiläum ihr volles Fortbestehen zu sichern. Und das Demokratie-Zentrum in Schöneweide. Björn Malycha, Kati Becker und Iris Helbing sind die Gesichter des Zentrums für Demokratie in Schöneweide.

Wer die Extremismusklausel unterschreibt, bekennt sich zum einen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland. Das ist für alle Initiativen kein Problem. Aber das, was danach kommt schon: Denn die Initiativen sollen recherchieren und garantieren, dass auch ihre Kooperationspartner auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Malycha sagt dazu: "Wir sollen auch für alle Kooperationspartner gewährleisten, dass sie ebenfalls auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Wir müssen uns also über unsere Partner genau informieren, Verfassungsschutzberichte lesen, sie nahezu ausleuchten. Das ist etwas, was unser Träger, der "offensiv'91 e.V." und wir nicht können und auch nicht wollen." Da schwingt soviel Misstrauen mit, das sei nach Jahren erfolgreicher Arbeit sehr enttäuschend.

Berlin hat im Mai diesen Jahres im Bundesrat den Antrag gestellt, dass die Bundesregierung die Extremismusklausel überarbeiten müsse. Der federführende Ausschuss für Frauen und Jugend im Bundesrat hat seine Empfehlung dazu schon abgegeben: Er empfehle die Vorlage Berlins ohne Änderungen, sagt Christina Recker, stellvertretende Leiterin des Ausschusses. Zurzeit berate noch der Innenausschuss des Bundesrates über den Antrag. Eine erneute Beratung im Plenum des Bundesrates, das dann auch entscheiden kann, werde also frühestens nach der Sommerpause stattfinden.

Der Staatssekretär im Familienministerium, Hermann Kues, sagte dazu im Mai im Bundesrat: "Ich halte es für selbstverständlich, dass der Staat dann, wenn er solche Programme auflegt, darauf achtet, dass er nicht ausgerechnet diejenigen fördert, die vielleicht selbst in extremistischen Kategorien denken und handeln." Die Mobile Beratung in Berlin (MBR) sagt dazu: "Die Klausel fördert nicht etwa demokratisches Engagement, sondern fordert einen Bekenntniszwang und das Überprüfen der Partner/innen auf Verfassungstreue und verbreitet damit eine Klima des Misstrauens."

Eine erneute Beratung im Plenum des Bundesrates, das dann auch abschließend entscheiden kann, wird frühestens nach der Sommerpause im September stattfinden.

Zurück nach Schöneweide. Schöneweide, besonders Niederschöneweide und der S-Bahnhof, haftet der Ruf an, ein guter Ort für Nazis zu sein. "Viele Neonazis und Menschen, die mit dieser Szene sympathisieren, wohnen hier oder treffen sich hier", sagt Björn Malycha. Die NPD-Zentrale ist im nahen Köpenick, die Kneipe "Zum

Henker" in der Brückenstraße ist ein Treffpunkt der rechtsextremen Szene. Bis zum Herbst 2010 war das Zentrum für Demokratie in einem Gartenhaus in Johannisthal zu Hause. "Kaum jemand hat uns dort beachtet", sagt Malycha. Jetzt arbeiten Malycha, Kati Becker und Ines Helbing in einem verglasten Gebäude direkt gegenüber des S-Bahnhofs Schöneweide. Seitdem werden Scheiben eingeworfen, Rolläden beschmiert, die Glasscheiben bespuckt.

Wird am S-Bahnhof Schöneweide alljährlich das Fest für Demokratie und Toleranz gefeiert, sind immer viele Polizisten mit dabei dabei. "Es kommt immer mal vor, dass Leute aus der rechtsextremen Szene vorbeischaun, um zu provozieren", sagt Malycha. In diesem Jahr haben die Polizisten vom Abschnitt 65 aber auch mal ordentlich Pause gemacht – und zur Spraydose gegriffen. "Schöner weiden ohne Nazis", der Slogan war der Renner nicht nur beim Fest. Da konnten auch die Polizeibeamten nicht widerstehen und haben sich bei der Graffiti-Aktion zum Fest eine weidende Kuh aus Spannplatte für ihr Revier besprüht, erzählt Malycha.

Wenn die Rechtsextremen Schaden anrichten, dann sei das meist tief in der Nacht, sagt Malycha. Klar, auf dem Demokratie-Fest würden die Neonazis auch immer ihn und seine Kolleginnen fotografieren. "Die wollen uns einschüchtern. Dabei machen wir unsere Arbeit ohnehin transparent." Er habe anfangs mal überlegt, einfach ein paar Gratisfotos von sich ins Schaufenster zu hängen, zum Mitnehmen. Um es den Neonazis einfacher zu machen, sagt er zum Scherz. Er redet nicht von Angst. "Ich bin sehr wachsam", sagt Malycha.

Ruhiger wird es in den nächsten Monaten eher nicht. Am 18. September finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Malycha sagt: "Wir vermuten, dass es hier im Bezirk Treptow-Köpenick rund 6.000 potenzielle Wähler für die rechtsextremen Parteien gibt. Die rechtsextremen Parteien NPD, Pro Deutschland und Die Freiheit haben Kandidaten aufgestellt und sind zur Wahl zugelassen.

Da wäre es gut, wenn es einen neuen Lokalen Aktionsplan gäbe für Schöneweide, sagt Malycha. Geld und Ideen für ein buntes statt ein braunes Schöneweide. 2010 ist nach drei Jahren der Lokale Aktionsplan (LAP) für Treptow-Köpenick ausgelaufen. In diesem Jahr sollte ein neuer LAP für Schöneweide starten. Fast alles ist dafür unter Dach und Fach: Die Politiker haben zugestimmt, der Zuwendungsbescheid ist da. Nur die Extremismusklausel steht im Weg. Denn der Preis, dafür andere ausspionieren zu müssen und Kooperationspartnern mit Misstrauen begegnen zu

müssen – der ist den Verantwortlichen des Zentrums für Demokratie dann doch zu hoch.

### **“Von Liebe und Zorn”**

Davon haben auch Barry und Fetzer viel gespürt. Einen Ausschnitt ihres Alltags in der DDR, ihren Versuch anders zu sein, bis hin zu scharfen Repressionen – das dokumentiert eine Ausstellung im Zentrum für Demokratie (bis 15. Juli). Privatfotos, persönliche Dokumente und Auszüge aus ihren Stasi-Akten sind zu sehen. Die aktuellen Öffnungszeiten stehen hier auf der Webseite des Zentrums für Demokratie.

Quelle: <http://www.bier-statt-blumen.de/07/2011/schoener-weiden-ohne-nazis-liebe-und-zorn-in-schoneweide/>

---

01.11.2011 | [www.infothek88vier.de](http://www.infothek88vier.de)

### **"Verdeckte Symbole"**

Viele Neonazis geben sich in ihrem Outfit nicht offen als solche zu erkennen. Symbole werden versteckt und verdeckt verwendet. Eine Info-Abend und eine Ausstellung in Treptow-Köpenick wollen darüber aufklären. Infothek-Redakteur Klaus Schlöpker sprach mit Kati Becker vom Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick über die Symbole, die Veranstaltungen und weitere Veranstaltungen.

MP3-Download: [infothekberlin.podspot.de/files/011111+Rechte+Symbole.mp3](http://infothekberlin.podspot.de/files/011111+Rechte+Symbole.mp3)

Quelle: <http://infothekberlin.podspot.de/post/verdeckte-symbole/>

---

10.11.2011 | *der freitag*

### **Im Angstraum**

*Marion Kraske*

*Im Südosten Berlins engagieren sich Bürger gegen Neonazis. Doch die Regierung verlangt von ihnen: Misstraue euren Mitstreitern*

Es gibt Geschichten, in denen ist eigentlich alles klar: weiß und schwarz, gut und böse – die Rollen sind klar verteilt. Auch diese Geschichte müsste davon handeln, doch inzwischen ist nichts mehr klar hier, im Berliner Südosten. Aus Sicht der Protagonisten scheinen die Grenzen zu verwischen. Die Guten fühlen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Bösen lachen sich ins Fäustchen.

Vom S-Bahnhof führt ein langer Tunnel hinein ins Wohnviertel von Schöneweide. Der Tunnel ist knatschbunt, er strotzt vor farbigen Figuren und wilden Graffiti. Von Menschenwürde ist da die Rede, von Respekt. Von Love and Peace. Die Europäische Union hat die Malereien mitfinanziert. Weil der Tunnel, wenn man genauer hinsieht, mehr ist als nur einer von vielen. Weil er Zeugnis davon gibt, dass es im Viertel nicht so friedlich zugeht, wie die gut gemeinten Parolen es vermuten lassen. Denn inmitten all der Farbe tauchen immer wieder Hinweise auf eine andere Welt auf: Hier ein Hakenkreuz, da ein NPD-Aufkleber, dort eine Sprechblase: „Heil Hitler“.

Auf der anderen Straßenseite sitzt Kati Becker in einem kleinen Anbau neben dem Bürgeramt und nimmt die Meldungen der Woche entgegen. Über Facebook kam soeben die Nachricht herein, dass eine Horde schwarzgekleideter Männer mit Baseballschlägern unweit eines Parks gesichtet worden ist. Vom anderen Ende des Bezirks Treptow-Köpenick meldet ein Bürger eine NS-Schmiererei, Hakenkreuze und SS-Runen. Das ist Kati Beckers Alltag. Becker ist Anfang 30, sie trägt die Haare zu einem Zopf gebunden, schwarzer Pullover, mehrere Ringe zieren ihre Ohrläppchen. Wenn sie spricht, spricht sie leise, aber mit Nachdruck. Kati Becker ist in Schöneweide aufgewachsen. Elf Jahre nach der Wende machte sie Abitur, studierte Sozialwissenschaften. Als Jugendliche wurde sie von Neonazis angegriffen und engagierte sich in der Antifa-Bewegung. Heute dokumentiert sie, wie der Stadtteil von Rechtsradikalen unterwandert wird.

Der Meldungsspeicher von Kati Becker ist voll: Am 23.6. werden Jugendliche verfolgt und bedroht. Sie hatten zuvor ein Bild auf eine Hauswand gemalt. Es zeigt Kühe auf einer grünen Wiese. Den Slogan dazu hat das Jugendbündnis „Bunt statt Braun“ ersonnen: „Schöner weiden ohne Nazis“. Es ist so etwas wie eine Durchhalteparole für die Menschen, die hier leben.

Am 28.6. werden abends zwei Polizeibeamte in Zivil von Vermummten gejagt und bedroht, erst als die beiden Männer sich als Beamte zu erkennen geben, lassen die Täter von ihnen ab. Bei einer Durchsuchung in einem rechten Szenetreff werden anschließend Schlagwaffen und Messer sichergestellt. Am 11. Juli wird ein Vietnameser im Treppenhaus seines Hauses zusammengeschlagen. Am 3. September – mitten im Berliner Wahlkampf – werden Mitarbeiter der SPD angepöbelt, erst die anrückenden Polizeibeamten machen der Randalie ein Ende.

Kati Beckers Register ist ein Dokument eines Kampfes, des Kampfes um die Hoheit über den öffentlichen Raum. Und der wird nicht nur im Bezirk geführt, sondern in ganz Deutschland. Es ist eine Auseinandersetzung zwischen jenen, die die Demokratie bekämpfen, und jenen, die sie mit bescheidenen Mitteln verteidigen.

Neonazis, NPD-Anhänger, rechte Schläger – sie alle treiben im Bezirk ihr Unwesen. In Treptow-Köpenick fühlen sie sich stark, die NPD unterhält hier ihre Bundeszentrale. „Die organisierte Rechte“, sagt Kati Becker, „hat sich hier eingenistet, ihre Strukturen haben sich verfestigt.“ Viele Nazis sind in den vergangenen Jahren gezielt hierher gezogen. Jetzt testen sie aus, was geht.

### **Glaser im Dauereinsatz**

Früher war Schöneweide ein Zentrum der Großindustrie, einer der Arbeitgeber: Die Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke (BMHW). Nach der Wende brach die Produktion zusammen, 90 Prozent der Menschen verloren ihre Stelle, das Viertel verslumte. Wer heute durch Schöneweide geht, sieht, was das heißt. Wo einst mehr als 2.000 Menschen ihrer Arbeit nachgingen, liegen heute öde Industriebrachen, Mahnmale einer untergegangenen Epoche. Und daneben tobt die Gegenwart. Die Rechten haben ihr Terrain markiert: „Kampf Israel“ steht da auf der Mauer geschrieben. Und: „Nazi-Homezone“.

In der Brückenstraße, unweit von Kati Beckers Büro, findet sich das Epizentrum der Neonazi-Szene. Schwere Jungs mit schwarzer Kleidung und dicken Jacken schlendern demonstrativ vorbei. Viele zieht es regelmäßig in die Kneipe, die unweit der Spree steht. „Zum Henker“, verkündet das Schild über dem Eingang. Die Alubleche vor den Scheiben lassen erahnen, dass man drinnen lieber unter sich bleibt. Seit das Lokal 2008 eröffnet wurde, ist es im Viertel noch ungemütlicher geworden. Ausländische Gäste des nahegelegenen NH-Hotels beschwerten sich mehrfach darüber, dass sie auf offener Straße drangsaliert wurden. Ein paar Schritte entfernt eröffnete vor wenigen Wochen das Hexogen. Hier bietet der Neonazi

Sebastian Schmidtke, der auch als Bindeglied zwischen NPD und gewaltbereiten Kameradschaften agiert, Outdoor- und Militaria-Kleidung für Gesinnungsgenossen an. Als ein Pressefotograf kurz vor der Eröffnung des Shops Fotos von dem Laden machte, gingen Neonazis auf ihn los.

Schräg gegenüber vom Hexogen strahlt Gregor Gysi überlebensgroß aus dem Schaufenster seines Wahlkreisbüros. Den beiden älteren Damen, die dort sitzen, ist das Lachen dagegen vergangen. Mehrfach sei in letzter Zeit die Scheibe eingeschmissen worden. „Der Glaser ist hier im Dauereinsatz“, erzählen sie.

Seit Ende 2007 dokumentiert Kati Becker die rechten Übergriffe. Wenn sie auf die Zukunft des Registers, ihrer Kernarbeit im „Zentrum für Demokratie“, angesprochen wird, wird sie wütend. Denn das Register ist nicht nur Beweismittel rechter Umtriebe, sondern auch Kummerkasten für Betroffene, für Menschen, die angesichts der Vorfälle einen Ansprechpartner suchen. Bis auf Weiteres pflegt Becker das Register rein ehrenamtlich. Denn das Geld vom Bürgerverein „Offensiv 91“, das ihre Arbeit bisher finanzierte – es ist versiegt.

Wer verstehen will, warum dies so ist, warum hier, in Treptow-Köpenick, wo die Fronten lange klar erschienen, die Grenzen auf einmal verschwimmen, der muss mit Birgit Hannemann sprechen.

Die Geschäftsführerin des Vereins Offensiv 91 empfängt Besuch in einer gelbgetünchten Villa mitten in Schöneweide. „Nachbarschaftshaus“ steht draußen in riesigen Lettern. Früher saß in dem Gebäude die Stasi. Heute ist es ein Ort, an dem Demokratie gemacht wird. Nachbarhäuser, Jugendtreffs, Kitas – all das unterstützt Offensiv 91. Die Zivilgesellschaft zu stärken – das ist den Aktivisten seit der Wende ein Anliegen. Damals, als die Mauer fiel, sei das wie eine Befreiung gewesen, endlich konnten sie mitgestalten, erinnert sich Hannemann, eine kleine, energische Frau mit rotem Lippenstift und grauem Pullover, ihr Äußeres erinnert ein wenig an den Schick aus den Hamburger Elbvororten. „Wir machen dat hier mit Herzblut. Wir haben den Rechten was entjegenesetzt“, berlinert sie.

Damit ist erst einmal Schluss. Anfang des Jahres brachte Familienministerin Kristina Schröder die sogenannte Extremismusklausel auf den Weg. Alle Vereine, die sich um Bundesmittel aus dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bewerben, müssen seither diese Klausel unterschreiben. Einerseits müssen die Antragsteller erklären, dass sie auf dem Boden der Verfassung stehen, andererseits sollen sie aber auch klarstellen, dass sie dies auch für ihre Partner garantieren. Für

die eigenen Mitarbeiter, für Referenten, die bei Veranstaltungen auftreten, aber auch für Musiker, Caterer, Druckereien – all jene, die mit dem finanzierten Projekt in Zusammenhang stehen. Wo genau die Kontrolle enden soll – dazu sagt das Ministerium indes nichts.

### **Unterschrift schafft Misstrauen**

Hannemanns Verein hat die Extremismusklausel nicht unterschrieben. Lange haben die Aktivisten diskutiert und gerungen. Natürlich stehe man auf dem Boden der Verfassung. „Wat denn sonst? Warum machen wir dat Janze hier wohl?“, sagt Hannemann. Aber Partner überprüfen, ausspionieren, ob der andere auch politisch korrekt im Sinne der Verfassung ist? „Dat haben wir 40 Jahre jehabt“, sagt sie. Das erinnere sie schlicht an die Stasi.

Bundesweit haben etliche Initiativen die Extremismusklausel notgedrungen unterschrieben. Viele sahen sich durch das Vorgehen des Schröder-Ministeriums regelrecht erpresst, so der Rechtsextremismusexperte Alexander Häusler. Die Klausel, so sein Fazit nach fast einem Jahr, fördere eine Kultur des Verdachts, die dem Engagement gegen rechts schade. Erprobte Strukturen und Netzwerke brechen weg, beobachtet etwa die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“. Viele Vereine hätten erst gar keine Förderanträge gestellt, wenn sie wie Hannemann aus Gewissensgründen kategorisch eine Überprüfung von Partnern ablehnen.

Doch ohne Unterschrift gibt es auch kein Geld. 50.000 Euro fehlen Offensiv 91 nun jährlich – Geld, das bislang in Initiativen gegen Rechtsextreme gesteckt wurde. Das Zentrum für Demokratie, Kati Beckers Arbeit, das Register, spontane Aktionen und Zeichen gegen rechts – all das kann der Verein nun nicht mehr mittragen. Dabei haben sie Pläne geschmiedet, hatten das Zentrum mit eigener Kraft renoviert, zu einem Treffpunkt der Aufrechten gemacht. Die Werte dieses Landes verteidigt. So dachten sie.

Es ist 18.30 Uhr. Draußen regnet es in Strömen, und die Aufrechten von Schöneweide strömen ins Zentrum für Demokratie vis-à-vis des S-Bahnhofes. Polizisten in Zivil, ältere Herren in grauen Anzügen und Strickpulli, andere in Jogginghose, die Jusos sind ebenso vertreten wie Studenten der Fachhochschule und die Gartenfreunde Köpenick. Kati Becker ist immer noch da, sie schreibt das Protokoll. Dann sprechen sie über die Ergebnisse der Berlin-Wahlen. Die NPD hat im Bezirk schlechter abgeschnitten als erwartet und ihren Fraktionsrang verloren. Immerhin, ein kleiner Erfolg, den sie auch als Ernte ihres gemeinsamen

Engagements ansehen. Das Fest für Demokratie, das sie einmal im Jahr als Zeichen für eine bunte Gesellschaft feiern, die vielen kleinen Aktionen, die sie immer wieder anschieben, um die Angst aus Schöneweide zu vertreiben. Um zu zeigen, dass der Stadtteil ihnen gehört – nicht den Nazis.

Ganz vorne sitzt Dirk Retzlaff, kurze Mecki-Frisur, das Gesicht umrahmt eine markante Brille. Fünf Jahre lang war der SPD-Mann Bezirksstadtrat, jetzt kommt ein anderer für ihn. Ohne ihn, sagen sie hier, wäre vieles im Kampf gegen rechts nicht möglich gewesen. Retzlaff ist ein fröhlicher Typ, einer, dem Politik Spaß macht. Beim Thema Extremismusklausel aber versteht er keinen Spaß. „Diese Arroganz der Politik kotzt mich an“, sagt er. Mit wenig Geld hätten sie bewiesen, dass sich etwas bewegen lasse. Dass man die Demokratie gegen Verfassungsfeinde verteidigen könne. Die Klausel sei ein Schlag ins Gesicht jener, die sich hier engagieren. „Warum sollen ausgerechnet jene, die die Demokratie schützen, erklären, dass sie auf dem Boden der Verfassung stehen?“

Einen neuen lokalen Aktionsplan gegen rechts hat die Extremismusklausel jedenfalls um Monate verzögert. Die Suche nach neuen Finanziers, nach solchen, die die Erklärung unterschrieben haben, hat gedauert. Klar, man fand sie, aber jene, die seit Jahren mit dabei waren, die alles mit angeschoben haben, die das Know-how besitzen – die sind erst einmal außen vor. Retzlaff atmet tief durch, dann sagt er: „Die Frau Ministerin hat doch keinen blassen Schimmer, was sie anrichtet.“ Draußen regnet es noch immer. Und irgendwo, an einer Ecke in Schöneweide, wird gerade das nächste Hakenkreuz geritzt.

Quelle: <http://www.freitag.de/politik/1145-im-angstraum>

---

15.11.2011 | die tageszeitung

## **Neonazi-Symbolik. Rote Fahnen statt Hakenkreuzen**

*Marina Mai*

*Neonazis sind nicht mehr so leicht erkennbar, sie kopieren sogar linke Symbole. Eine Ausstellung erklärt die neuen Codes - in einem Kiez, den die Rechten dominieren.*

Rechte erkennt man an Stoppelschnitt und Springerstiefeln? Das war einmal. Heute grenzt sich die rechte Jugendkultur nicht mehr eindeutig stilistisch von der Mehrheitsgesellschaft ab - und schon gar nicht von Linksautonomen. Stattdessen

erkennen sich Rechtsextreme an dezenten Codes: an Zahlenkombinationen oder an getarnten altgermanischen Symbolen, die für Außenstehende oft nicht als solche erkennbar sind.

Vorgestellt werden viele dieser neuen rechten Symbole in der Ausstellung "Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen". Die von der Berliner Agentur für soziale Perspektiven gestaltete Ausstellung ist noch bis 7. Dezember im Zentrum für Demokratie am S-Bahnhof Schöneweide zu sehen. Der Ausstellungsort liegt am Anfang der Brückenstraße, an deren anderem Ende der wichtigste Treff Berliner Neonazis liegt, die Kneipe Zum Henker. Dazwischen befindet sich der von NPD-Vizelandeschef Sebastian Schmidtke betriebene Szeneladen Hexogen.

"Wir sind vor einem Jahr sehr bewusst hierhergezogen", erzählt Yves Müller, einer der zwei Mitarbeiter des Zentrums. Es ist im Bezirk Treptow-Köpenick für antirassistische Arbeit zuständig, schult Lehrer und Jugendsozialarbeiter für den Umgang mit der rechten Szene und hilft bei der Organisation von Demokratiefesten. Einfach ist diese Aufgabe in Schöneweide nicht immer. Wichtige Arbeitswerkzeuge des 28-jährigen Historikers Müller sind Lappen und Spachtel. Damit entfernt er regelmäßig rechte Aufkleber an den Schaufensterscheiben seines Erdgeschossbüros, auf denen "Keinen Fußbreit den Antideutschen" steht oder "Guten Heimflug". Aufkleber gehören aber noch zu den harmlosen Angriffen auf die Räume des Zentrums für Demokratie. Mehrfach wurden die Jalousien mit Flaschen und Böllern beworfen, inzwischen sind sie durch Scherengitter ersetzt worden.

Täter werden selten gefunden in einem Kiez, wo die Rechten über informelle Informationskanäle verfügen und sich warnen, wenn die Polizei kommt. Besucher des Zentrums werden immer wieder von Rechten gefilmt. Während einer Veranstaltung im März hielten Neonazis aus dem Spektrum der verbotenen Kameradschaft "Frontbann 24" eine Gegenkundgebung am Bahnhofsvorplatz ab. "Die Rechten machen deutlich, dass sie diesen Kiez als ihren reklamieren", sagt Müller, der sich mehr Besucher für sein Zentrum wünscht. "Wir sind zwar ein Treffort für zivilgesellschaftliche Initiativen. Bezirkspolitiker und Lehrer informieren sich hier über rechte Kultur. Aber aus der Nachbarschaft kommt selten jemand."

Dafür sind mehrere Gründe denkbar: Ein Besuch im Zentrum für Demokratie wäre ein Bekenntnis, nicht zum rechten Mainstream der Brückenstraße zu gehören, und könnte bedeuten, dass man Opfer von Gewalt wird. Einige Nachbarn haben auch gar

kein Problem mit den rechten Nachbarn. Oder erkennen diese gar nicht mehr als Rechte.

Das wiederum thematisiert die Ausstellung. Trägt ein Schüler eine "88" auf dem Rücken seines Sporthemds, vermuten Lehrer darin womöglich ein sportliches Bekenntnis. Die "88" steht aber für "Heil Hitler" - H ist der achte Buchstabe im Alphabet. Anders als "Heil Hitler" ist "88" straffrei. Auch "14" ist eine bei Rechtsextremen beliebte Zahlenkombination. Sie steht nicht etwa für die Buchstaben A und D sondern für "14 words", eine Abkürzung der Phrase "We must secure the existence of our people and a future for white children" (Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft unserer weißen Kinder sichern.) Es ist ein Zitat des 2007 gestorbenen US-Neonazis David Lahne. Die "14 words" werden bei Neonazis als Grußformel benutzt. Sie finden Verwendung in Liedtexten, auf T-Shirts, Aufnähern oder CD-Covern. Außenstehenden ist diese Symbolsprache unverständlich.

Den Schluss, die Zahlen 88 und 14 müssten wie Hitlergruß und Hakenkreuz unter Strafe gestellt werden, ziehen die Macher der Ausstellung allerdings nicht. Sie halten das Strafrecht für eine stumpfe Waffe gegen rechts. Letztlich sind auch nicht die Symbole das Problem, sondern das Gedankengut dahinter.

Eine neue Tendenz der rechten Szene besteht darin, linke Symbole in ihre eigene Zeichenwelt zu integrieren. Etwa das Symbol der "Antifaschistischen Aktion", eine rote und eine schwarze Fahne. Auch das Palästinensertuch, in den 1980er Jahren und teilweise noch heute unter Linken populär, wird inzwischen von Rechten als vermeintlich antisemitisches Symbol verwendet - nach dem Motto "Der Feind meines Feindes ist mein Freund." Auch Träger eines T-Shirts oder Besitzer eines Notizbuchs mit dem Konterfei des lateinamerikanischen Revolutionärs Ernesto Che Guevara müssen heute keine Linken sein. Rechte vereinnahmen ihn wegen seines Kampfs für nationale Unabhängigkeit.

Seit Rechtsextreme ihre Gesinnung nach außen hin verschleiern, wird es nicht nur schwerer, sie zu erkennen. Auch der Einstieg von Jugendlichen in die rechte Kultur wird niedrigschwelliger und geschieht oft in vielen kleinen Schritten.

*Quelle: <http://www.taz.de/!81879/>*

---

## **Gesicht zeigen gegen Rechts**

*Benedikt Paetzholdt*

*In Berlin gibt es 1600 aktive Rechtsextreme, rund 700 von ihnen werden vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestuft. Doch vor allem der tägliche Rassismus werde zu wenig beachtet, kritisieren Vereine, die sich gegen Nazis engagieren.*

Der letzte Eintrag ist vom 21. November 2011: „Ein 35-jähriger Mitarbeiter einer Reinigungsfirma wird gegen 23.10 Uhr auf dem U-Bahnhof Osloer Straße von vier Männern rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Zwei Mitarbeiter des BVG-Sicherheitsdienstes können drei der Täter festhalten“, steht in der Chronik von „Reachout“.

Die Opferberatungsstelle registriert sämtliche Übergriffe mit möglichem rassistischen oder rechtsextremen Hintergrund in Berlin, die durch Polizei- und Presseberichte für die Stadt bekannt werden. In diesem Jahr zählte „Reachout“ 100 solcher Fälle.

Die Aktivitäten der rechtsextremen Szene seien den Sicherheitsbehörden nicht erst seit Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle bekannt, sagt „Reachout“-Mitarbeiterin Helga Seyb. „Diese Aktivitäten wurden aber oft als wilde Spinnerei abgetan“, kritisiert sie.

Der Berliner Verfassungsschutz schätzt, dass rund 1600 Rechtsextreme in Berlin aktiv sind, rund 700 von ihnen werden als gewaltbereit eingestuft. Laut Kriminalitätsstatistik gab es im vergangenen Jahr 29 Gewaltdelikte mit antisemitischem, fremdenfeindlichem oder gegen Links gerichteten Hintergrund. Schmierereien und Propaganda mitgerechnet, waren es insgesamt 1127 entsprechende Delikte. Aktuelle Zahlen für dieses Jahr liegen noch nicht vor.

### **Lebensgefährliche Kopfverletzungen**

Helga Seyb von „Reachout“ hat ihr Büro in der Kreuzberger Oranienstraße. Die Beratungsstelle kümmert sich um Menschen, die bei rechtsextremen und rassistischen Übergriffen körperlich und seelisch verletzt wurden. Eine Karte mit schwarz-weißen Fotografien hängt in ihrem Zimmer an Wand.

Es sind nicht irgendwelche Fotos, es sind „Tatorte“, Plätze, an denen Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Gesinnung beschimpft, geschlagen, getreten wurden. Die „Tatorte“ liegen im gesamten Stadtgebiet. „Viele glauben ja, dass es nur im Osten rechtsextreme Gewalt gibt“, sagt die 55-Jährige. „Aber auch die Westbezirke

sind von diesem Problem betroffen.“ Deshalb sei es besonders wichtig, „dass sich gerade dort das zivilgesellschaftliche Engagement weiter entfaltet“.

Jährlich berät die Einrichtung rund 50 Gewalt-Opfer. Viele suchten erst viele Monate nach der Tat Hilfe, weil sie erst nach und nach merken würden, wie der Übergriff ihren Alltag belastet, sagt Seyb. Die Betreuung dauere oftmals viele Monate, manchmal sogar Jahre.

Als Beispiel für Letzteres nennt Seyb einen Studenten aus Kamerun, der vor einigen Jahren in der Greifswalder Straße in Prenzlauer Berg von rund einem Dutzend mutmaßlichen Rechtsextremen zusammengeschlagen wurde. Der Student hatte lebensgefährliche Kopfverletzungen und lag monatelang im Krankenhaus.

Das „Zentrum für Demokratie“ schätzt, dass ein großer Teil der organisierten Rechtsextremen in Schöneweide lebt. Die Einrichtung hat ihr Büro in der Michael-Brückner-Straße, gleich gegenüber vom Bahnhof Schöneweide. Die Kneipe „Zum Henker“, ein beliebter Treffpunkt von Neonazis, ist um die Ecke.

### **Tatorte an der Wand**

Die drei Mitarbeiter des „Zentrums für Demokratie“ engagieren sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk. Die 32-jährige Kati Becker arbeitet seit 2007 für das Zentrum. Zusammen mit ihren Kollegen veranstaltet sie Diskussionen und Veranstaltungen. Zudem führt die 32-Jährige ein Register, in dem rassistische, antisemitische, homophobe und rechtsextreme Vorfälle in Treptow-Köpenick dokumentiert werden.

Kati Becker schreibt auf, was Bürger melden – Schlägereien, Neonazi-Propaganda auf Aufklebern, Schmierereien an Wänden. Sie will vor allem den Alltagsrassismus dokumentieren. „Subtile Formen der Diskriminierung“, wie sie sagt, die kaum angezeigt würden, weil sie zu geringfügig erscheinen.

Als Beispiel nennt sie Schmierereien wie „NS jetzt“ auf der Scheibe des Büros der Linkspartei in der Brückenstraße, schräg gegenüber des Lokals „Zum Henker“. Ein anderes Mal warfen Neonazis im Einkaufszentrum Forum Köpenick Hetz-Flugblätter von einer Brüstung.

180 Vorfälle hat das Zentrum in diesem Jahr bereits aufgenommen. Das seien mehr als in den vergangenen Jahren, sagt Becker. Ob die Zahl der Vorfälle wirklich gestiegen sei, lasse sich aber nicht sagen. „Die Leute achten inzwischen mehr auf solche Fälle.“

Auch das „Zentrum für Demokratie“ wurde schon angegriffen. „In diesem Jahr acht oder neun Mal“, sagt Becker. Die Wände des Büros würden permanent mit fremdenfeindlichen Parolen besprüht oder eingeschlagen. Inzwischen wurden Fenster aus bruchsicherem Glas eingebaut, Jalousien und Stahlgitter angebracht.

### **Anwohner für Aktionen gewinnen**

„Schöneweide ist eine Herausforderung“, sagt auch Politologin Bianca Klose von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ (MBR). Es gebe aber noch viel mehr Orte in der Stadt, an denen im Alltag Rechtsextremismus oder Rassismus auftauchen würden. Klose ist Gründerin und Projektleiterin der MBR, die ihr Büro in der Chausseestraße in Mitte hat. Im Beratungsraum dort hängt ebenfalls eine Karte an der Wand, eingezeichnet ist der Bahnhof Schöneweide und seine Umgebung. Klebezettel markieren besondere Orte: Treffpunkte von Neonazis oder Läden, die bei ihnen beliebte Marken vertreiben, die NPD-Zentrale ist aufgeführt und auch Standorte von verbotenen Vereinigungen wie „Frontbann 24“. MBR unterstützt Bürger, die über rechtsextreme Aktivitäten besorgt sind oder dagegen aktiv werden wollen. Vermittelt werden Ansprechpartner und Kontakte vor Ort.

Beispiel für die Arbeit ist ein prominenter Fall, der einige Jahre zurückliegt. Anfang 2008 zog ein Bekleidungsladen in ein Geschäft in Mitte ein, der die bei Neonazis beliebte Marke „Thor Steinar“ verkaufte. „Viele Anwohner äußerten ihren Unmut über den Laden und seine Kunden“, sagt Klose. Man habe die Anwohner zusammenbringen können, um sich gemeinsame Aktionen zu überlegen. „Mit viel Einsatz konnten viele Engagierte erreichen, dass der Laden geschlossen wurde.“

### **Militante Szene**

Jährlich veröffentlicht das vom Land Berlin finanzierte Netzwerk zusammen mit dem Antifaschistischen Pressearchiv die Broschüre „Berliner Zustände“, in denen die rechtsextremen Aktivitäten der Hauptstadt präsentiert werden. Die Aufregung nach dem Auftauchen der Zwickauer Terrorzelle kann Bianca Klose nicht nachvollziehen. „Wir weisen seit Jahren darauf hin, wie militant die rechte Szene ist. Das Problem an der jetzigen Diskussion sei vor allem, dass sie die Sicht auf den täglichen Rassismus verdecke“, sagt Klose.

An die Politik stellt sie die Forderung, dass die Menschen, die sich täglich gegen Rechtsextremismus einsetzen, besser geschützt und in ihrem Engagement anerkannt werden. Sie selbst habe schon Morddrohungen erhalten, ihr Name tauche auf Listen von einschlägigen Organisationen auf. „Menschen, die den

Rechtsextremen entgentreten und Gesicht zeigen, sind tagtäglich Gefahren ausgesetzt.“

Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/initiativen-gesicht-zeigen-gegen-rechts,10809148,11232058.html>

---

30.11.2011 | zdf-Morgenmagazin

### **Neonazis in der Nachbarschaft**

Quelle: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1505916/Neonazis-in-der-Nachbarschaft#/beitrag/video/1505916/Neonazis-in-der-Nachbarschaft>

---

08.12.2011 | die tageszeitung

### **Berlins Neonazi-Zone. Schöneweide wird rechter Tummelplatz**

Marina Mai / Konrad Litschko

*In Schöneweide etabliert sich ein Netz rechter Läden rund um die bekannte Neonazi-Kneipe Zum Henker. Antifa-Aktivisten, Verfassungsschutz und Bezirkspolitiker beobachten mit Sorge die Entwicklung im Kiez, der ohnehin als Nazi-Hochburg gilt.*

Eine blaue Tür, im Hinterhof der backsteinernen Spreehöfe in Schöneweide. "Absolute Power Place" verrät ein schwarzes Schild. "Dark7side". In dem Club dahinter steht schlichtes Holzmöbiliar, an die Wände sind Totenköpfe gemalt. Metalbands spielen hier am Wochenende. Ab und an werden Böhse-Onkelz-Partys gefeiert.

Kati Becker vom Zentrum für Demokratie in Schöneweide, nicht weit von den Spreehöfen entfernt, berichtet aber auch von ganz anderen Gästen. Neonazis, die sich um das gleichnamige Motorradrocker-Chapter "Darkside" scharen sollen. Lars B. etwa, eine in den Neunzigern umtriebige Szenegröße. Bis zum Verbot der rechtsextremen "Freiheitlichen Arbeiterpartei" 1995 war B. deren Berliner Landeschef. Später sang er bei der Naziband "White Aryan Rebels", rief in Texten zum Mord an Michel Friedman oder Alfred Biolek auf. "Und der Mann", sagt Becker,

"ist nicht der einzige Neunzigerjahre-Nazi, der sich heute wieder in Schöneweide tummelt."

Eine Broschüre von Antifa-Gruppen, die am Wochenende veröffentlicht wurde, unterfüttert diese Beobachtung. Dort aufgelistet werden gleich mehrere, bisher unbekannte Läden, die in Schöneweide von Rechten betrieben oder besucht werden sollen. Das birgt Zündstoff, denn der Stadtteil in Treptow-Köpenick gilt schon heute als Berlins Neonazi-Hochburg. "Die Szene schafft sich hier mehr und mehr einen Rückzugsraum", warnt Becker. Nun würde offensichtlich, wie stark alte und neue Neonazi-Kader sich dort trafen und austauschten.

Es ist eine nur wenige hundert Meter lange Straße, die die rechte Szene Berlins anzieht: die Brückenstraße. In der Straßenmitte zuckelt die Straßenbahn. Grauer Bürgersteig, dreistöckige Wohnhäuser, unten der Frisör oder die Apotheke. Und, davon ging man bisher aus, zwei Nazi-Läden.

Schon 2009 eröffnete in der Brückenstraße die Szenekneipe "Zum Henker". Der Wirt, ein einschlägig verurteilter Mann, reicht "Himla"-Cocktails und "Odin Trunk"-Bier über die Theke. "Unser Kiez Schöneweide" prangt auf der "Henker"-Homepage. Im Sommer dieses Jahres kam das Hexogen dazu, ein Outdoor-Laden. Dort verkauft der Berliner NPD-Vize Sebastian Schmidtke Pfefferspray und Schlagstöcke, in Holzregalen liegen aufeinandergetürmt Tarnhosen und "Security"-Jacken. "Alles für den Militaristen", wirbt das Hexogen. "Szenebedarf" nennt es der Verfassungsschutz. Der Vermieter hat vorm Landgericht Räumungsklage gegen Schmidtke eingereicht.

Isabell Kalbitzer, Sprecherin des Berliner Verfassungsschutzes, bezeichnet Schöneweide als "rechtsextremistischen Brennpunkt". Im Gebiet um die Brückenstraße existierten "Wohn- und Trefforte zumeist subkultureller Berliner Rechtsextremisten", basierend auf "persönlichen Bekanntschaften". Das Hexogen habe sich "schnell zu einem Anlaufpunkt" der Szene entwickelt. Der "Henker" habe dagegen an Popularität eingebüßt, so Kalbitzer. Ein Teil der Stammgäste weiche auf nahe gelegene Lokale aus, die nicht nur von Neonazis besucht würden.

Laut der Antifa-Broschüre handelt es sich dabei neben dem "Dark7side" auch um Läden von Thomas B. Der betreibt die Kneipe "Zur Haltestelle", den Stripclub "El Coyote" und einen Spätkauf - allesamt in oder nahe der Brückenstraße. B. soll der 2001 aufgelösten "Kameradschaft Germania" nahegestanden, an Neonazi-Aufmärschen teilgenommen haben. Am Telefon bestreitet das der 32-Jährige. "Das

stimmt alles nicht, ich habe die Sache meinem Anwalt übergeben." B. poltert, dass er auch "Polinnen und Lesben" beschäftige. "Wie würde das denn zusammenpassen?" Die "Haltestelle" hatte die Polizei in den letzten Jahren im Blick. Ein Polizeisprecher nennt die Kneipe einen "sporadischen" Treffpunkt der rechten Szene. Anfang der Neunziger gründete sich in dem Lokal die Kameradschaft "Die Nationalen", einige einstige Mitglieder sind bis heute in Schöneweide aktiv. Seit B. den Laden im Mai übernommen habe, sei aber kein Szenepublikum mehr festgestellt worden, so der Polizeisprecher. Auch für B.s "El Coyote" seien keine rechten Straftaten registriert.

Laut Antifa-Recherchen treffen sich Rechte auch in der Kneipe "Zum Eisenbahner", unweit der Brückenstraße. Die SPD berichtet, im Wahlkampf an einem Infostand am Bahnhof Schöneweide von drei Neonazis angepöbelt worden zu sein, die aus dem "Henker" kamen - und sich kurz darauf Verstärkung aus dem "Eisenbahner" geholt hätten.

Über dessen Tür hängt ein Schild nur mit einer großen "7" - wie beim "Darkside"-Club in den Spreehöfen. Auch im "Eisenbahner" kehrten die "Darkside"-Rocker ein, heißt es in der Broschüre. Die Kneipe sei "einschlägig als rechter Treffpunkt" bekannt. Bereits 2008 teilte die Innenverwaltung auf eine Grünen-Anfrage mit, dass einige Mitglieder von "Darkside" früher "in der rechtsextremistischen Szene verkehrten". Die Rocker selbst ließen Anfragen der taz unbeantwortet.

Kati Becker berichtet außerdem, dass immer häufiger auch Symbole der rechten "Vandalen"-Rocker in Schöneweide auftauchten. Deren selbst gewählter Beiname: "Ariogermanische Kampfgemeinschaft". "Vandalen"-Mitglieder waren es auch, die die Nazi-Rockband "Landser" gründeten, die 2003 verboten wurde. Nach Jahren der Abstinenz, so Becker, tauchten heute wieder Neonazis mit Shirts der Vandalen auf.

Als letztes auf der Antifa-Liste steht auch das "Bücherparadies" von Henryk W. in der Siemensstraße, nördlich der Brückenstraße. Literatur zum Schnäppchenpreis, die Ladenregale speisen sich aus Haushaltsauflösungen. W. wurde 1997 vom Berliner Landgericht zu einer Haftstrafe verurteilt: Er hatte mit einem "Kameraden" einen linken Treptower Jugendclub abgebrannt. Zuletzt war er für die NPD in Lichtenberg Kassenwart und Rechnungsprüfer, soll an rechten Aufmärschen teilgenommen haben.

Henryk W., graugestreiftes Hemd, graue Hose, bittet in sein kleines Büro. Das mit dem Brandanschlag stimme schon, murmelt er. "Aber der Laden hier ist auch meine kleine Wiedergutmachung." Fast alle Bücher für 1 Euro, auch Leute ohne Geld

sollten zum Lesen kommen. W. weist auf die Regale. Die "Geschichte der SED" steht dort, genauso wie Werke jüdischer Emigranten, Anna Seghers oder Sigmund Freud. Und die NPD? W. zögert, blickt angestrengt durch seine Brille. "Ist Privatsache." Sein Laden jedenfalls habe mit der rechten Szene nichts zu tun. "Hier kommt nur ganz normales Publikum."

Bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) beobachtet man die Geschichten um die Brückenstraße aufmerksam. "Sollten sich diese Informationen bewahrheiten, wäre das eine besorgniserregende Ballung rechter Strukturen", so Mitarbeiter Ulf Bünermann. "Das könnte den Angstraum Schöneweide verfestigen." Offenbar habe die Szenekneipe "Zum Henker" die Ansiedlung anderer, "ähnlich tickender Läden" motiviert. Bünermann sieht es nun als Aufgabe der Polizei, die rechten Strukturen aufzuhellen. Die Politik sollte Engagierte gegen rechts vor Ort unterstützen.

Auch Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD), erst wenige Wochen im Amt, äußert sich "besorgt" über die Vielzahl rechter Strukturen. Über die jüngste Entwicklung fühle er sich "schlecht informiert". Igel will sich in Kürze mit dem Verfassungsschutz und der MBR treffen. Was den "Henker" angehe, versichert der 33-Jährige, sei das Bezirksamt auch unter seiner Leitung fest gewillt, den Nazitreff zu schließen.

Einer, der die Folgen der Neonazi-Präsenz in Schöneweide zu spüren bekommt, ist Gregor Gysi. Das Konterfei des Linken-Bundespolitikers lacht von einer Scheibe seines Bürgerbüros, mitten in der Brückenstraße. Dahinter sitzt am Mittwoch Gysis Mitarbeiter André Schubert, schwarz gerahmte Brille, schwarzer Pullover. Dreimal seien in diesem Jahr die Scheiben des Büros zerschlagen worden, erzählt er. An die Fassade hätten die Rechten wiederholt "NS jetzt"-Schriftzüge gekliert. Schubert zeigt auf einen Stromkasten neben dem Büro. "Ein Hakenkreuz und die 22, raufgeschmiert, hab ich heute Morgen erst gesehen." Die 22 stehe für den 22. Buchstaben im Alphabet, das V. "Ein Code für die Vandalen", so Schubert. Die Nazi-Rocker.

Gysi selbst spricht von "vielen Ausgegrenzten, vielen Arbeitslosen" in der Gegend. Leider auch von vielen Rechtsextremen. Die Attacken auf sein Büro hätten sein Engagement aber nur verstärkt, versichert Gysi. Er fordert ein NPD-Verbot. "Das würde auch die Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden in Schöneweide deutlich verbessern."

André Schubert zuckt mit den Schultern, fragt man ihn nach Lösungen. Es gibt Aktionsbündnisse, gab Demokratiefeste. "Es wurde schon so viel gemacht, aber die Rechten werden hier eher mehr." Auch Schubert verweist auf die schwierige Lage, den Leerstand. Ehe gar keiner Miete zahlt, würden Vermieter eben die Rechten nehmen. "Da müssen wir ansetzen, wir müssen uns mit den Vermietern zusammensetzen." Dann geht Schubert zurück ins Büro, die Tür schließt er hinter sich ab.

Quelle: <http://www.taz.de/!83315/>

---

08.12.2011 | tip Berlin

## Die Neonazi-Szene in Berlin

Karl Grünberg

*Pöbeleien, Drohungen, Schläge, Brandsätze: Die Neonazi-Szene wird kleiner, aber auch brutaler. Ihre Opfer müssen lernen, mit der Angst zu leben. Sich nicht einschüchtern zu lassen. Und sich zu wehren.*

"Wenn ich die Augen schließe, dann sehe ich sein aggressives Gesicht, seinen Hass in den Augen, dann rieche ich die Alkoholfahne, die aus seinem Mund kommt. Und dann sehe ich seine Faust direkt vor meinem Gesicht." Es ist Ende Oktober, als der 24-jährige Alex Dietz zusammen mit einem Besucher aus Frankreich in der Nähe vom Nordbahnhof von einem Mann bedroht und beschimpft wird. Dietz erzählt: "Bitte lass mich los, wir machen nichts", habe er selbst gesagt. "Aber der stand nur vor mir. Er zerrte an meiner Jacke und drohte mir mit erhobener Faust. Dabei brüllte er die ganze Zeit: 'Franzosenfresse, ihr seid doch alle schwul, beim Führer hätte es das nicht gegeben, ich bin der Führer.'" Und dann setzt Dietz hinzu: "Ich bin immer noch entsetzt über seinen Hass."

Am 22. November hat Ehrhart Körting (SPD) auf seiner letzten Pressekonferenz als Innensenator von Berlin gesagt, dass **die rechte Szene von Berlin kleiner, aber radikaler werde** und dass **die Brutalität der Übergriffe zunehme**. Das Aktionspotenzial der Rechtsextremen verlagere sich von der NPD hin zu dem Netzwerk der freien Kräfte, wobei die sogenannten "Autonomen Nationalisten" als besonders aktionsorientiert und gewaltbereit gelten, so Körting. Insgesamt geht der Berliner Verfassungsschutz für das Jahr 2010 von **1.600 Menschen** aus, die der

**rechtsextremen Szene in Berlin** zugehören, davon werden 700 als gewaltbereit eingeschätzt.

Doch wie sieht die Realität aus? Wie geht es den Menschen, die Opfer von rechten Übergriffen und Anschlägen geworden sind? Schon zwei Mal wurde das Haus der Kinder- und Jugendorganisation Falken in Neukölln in diesem Jahr Ziel von Brandanschlägen. "Im Moment sind wir ziemlich frustriert und haben Angst davor, dass es wieder einen Anschlag auf unser Haus geben könnte", sagt Mirjam Blumenthal von den Falken. Auf der Webseite des "Nationalen Widerstands Berlin" wird das Falken-Haus mit Foto und Adresse gezeigt. In der Kommentarspalte droht ein sogenannter "Antifa-Schlächter", mit zehnfacher Energie zuzuschlagen und den "nationalen Selbstschutz" zu organisieren.

Mirjam Blumenthal, die die Pressesprecherin der Falken in Neukölln ist, geht nicht nur deshalb bei beiden Brandanschlägen von Tätern aus der rechtsextremen Szene von Berlin aus. **Der erste Anschlag war Teil einer Brandstiftungsserie, bei der in der Nacht zum 27. Juni dieses Jahres fünf verschiedene linke Projekte und Wohnhäuser in Berlin angezündet wurden.** Der zweite Anschlag fand in der Nacht zum 9. November 2011 statt, dem Tag, an dem in Deutschland den Opfern der Pogromnacht von 1938 gedacht wird.

Das Falken-Haus liegt in einem kleinen Waldstück in der Nähe der U-Bahnstation Britz-Süd. Mit hohen Holzzäunen umgeben, erinnert das Gelände an eine kleine Festung. Auf dem Areal stehen selbst gebaute Baumhäuser, es gibt einen Volleyballplatz und einen kleinen Spielplatz. Eine Seite des Hauses ist mit Baugerüsten zugestellt, dahinter sind die Brandspuren und Zerstörungen des zweiten Anschlages zu sehen.

Im Haus selber riecht es auch drei Wochen danach noch stark verbrannt. Kisten und Materialien stehen durcheinander. Für die Kinder- und Jugendarbeit ist das Haus mindestens das nächste halbe Jahr nicht nutzbar. "Wir hatten uns auf eine Wiedereröffnung des Hauses am 4. Dezember gefreut", sagt Sebastian Muy. "Und jetzt ist wieder alles zunichtegemacht worden." Der 29-Jährige arbeitet als Sozialarbeiter bei den Falken und klingt ziemlich frustriert. "Die Kinder waren sehr traurig und wütend über den zweiten Anschlag. Viele haben einfach nicht verstanden, warum jemand ihr Haus anzünden möchte", sagt der junge Mann mit den zotteligen schwarzen Haaren. "Dann haben die Kinder Pläne geschmiedet, wie sie einen weiteren Anschlag verhindern können. Ein Mädchen wollte Farbeimer

aufstellen, damit sie dann die Spur bis zum Haus der Täter verfolgen können", sagt Muy.

Doch Farbeimer halten keine Brandstifter auf. "Wir arbeiten an einem neuen Sicherheitskonzept", sagt Mirjam Blumenthal. "Dazu gehören dann leider auch Kameras. Wenn ich mir vorstelle, dass eine Nacht vor dem ersten Anschlag noch eine Kindergruppe im Haus übernachtet hat, wird mir jetzt noch ganz übel. Wir geben aber nicht auf."

Im Jahr 2010 zählte der Verfassungsschutz Berlin **insgesamt 1.127 Straftaten von Rechts**, 29 davon gelten als Gewalttaten. Die Berliner Opferberatung ReachOut, die ihren Sitz in der Oranienstraße in Berlin-Kreuzberg hat, geht davon aus, dass die Dunkelziffer um einiges höher liegt. Im Jahr 2010 listete der Verein 109 dieser Taten auf, für 2011 bereits 100. ReachOut hat es sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen von ihnen als rechtsextrem, rassistisch oder homophob eingeschätzten Angriffe und Bedrohungen zu registrieren und öffentlich zu machen. Die Beratung betreut pro Jahr zwischen 60 und 70 Opfer derartiger Fälle, wobei sich manche davon über Jahre hinziehen. Doch Statistiken und Zahlen sind das eine. Wie solche Angriffe und Bedrohungen dann in der Realität aussehen, zeigen zahlreiche Vorfälle aus diesem Jahr.

Zum Beispiel der eines Vaters, der in seinem Briefkasten einen anonymen Brief mit einem Foto von sich und seinem Kind fand. Darin stand eine Todesdrohung mit rechtsextremistischem Inhalt, dessen Wortlaut hier nicht genau wiedergegeben werden soll. Oder der einer Frau aus der Türkei, die erst angerempelt, rassistisch beschimpft und dann geschlagen wurde. Im letzten Moment konnte sie sich hinter ihre Haustür retten. Oder das Beispiel eines Mannes, der auf einem S-Bahnhof auf seine dunkle Hautfarbe angesprochen, dann geschlagen und mit einem Messer bedroht wurde. Menschen, die jetzt mit der Angst leben lernen müssen und ihren Namen deshalb auf gar keinen Fall in der Presse lesen wollen.

"Ein typischer Tatort für rassistische Angriffe sind die Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln. Erst werden die Menschen angesprochen, dann beschimpft und dann plötzlich zu Boden geschlagen", sagt Sabine Seyb von ReachOut. "In dem Moment entlädt sich ein Hass auf die andere Hautfarbe, die anderen Haare, der nicht erklärbar ist. Das passiert auch, wenn die Opfer ihre Kinder dabei haben. Das finde ich besonders erschütternd". Diese Opfer wären danach oft verängstigt, könnten

nicht mehr aus dem Haus gehen, nicht mehr den Weg zur Arbeit bewältigen, wollten umziehen und vor allem ihre Kinder schützen, erklärt die 55-Jährige.

Eine zweite Opfergruppe seien Menschen, die gegen Rechts aktiv sind. "Die werden auch gezielt angegriffen. Entweder wird ihnen aufgelauert oder sie werden durch im Internet veröffentlichte Fotos erkannt und dann angegriffen", sagt Sabine Seyb. Politisch engagierte Menschen wie der 16-jährige Tim aus Britz und der Friedrichsfelder SPD-Abgeordnete Ole Kreins.

Anfang September entfernte Tim, dessen Nachname ebenfalls geheim bleiben muss, gerade in einer Straße in Britz NPD-Aufkleber, als er von zwei Rechtsextremen attackiert wurde: "Ich war total überrascht und fühlte mich hilflos, als einer von den beiden eine Sturmmaske überzog und auf mich zugerannt kam." Der Mann habe begonnen, ihn herumzuschubsen und zu bedrohen. "Er sagte, dass ich schuld daran sei, dass Deutschland von Ausländern regiert würde. Doch ich versuchte keine Angst zu zeigen und begann mit ihm zu diskutieren." Das wiederum habe die Angreifer überrascht. Die beiden seien ihm dann noch gefolgt, weil sie, so vermutet Tim, herausfinden wollten, wo er wohnt. "Vor allem abends passe ich jetzt besser auf und umründe die Orte, von denen ich weiß, dass sich dort Rechte treffen", sagt Tim.

"Wir lassen uns nicht einschüchtern", sagt der SPD-Abgeordnete Ole Kreins, dessen Kiezspaziergang der SPD-Lichtenberg Ende Mai 2011 aus einer von der rechten Szene besuchten Kneipe von drei Männern angegangen wurde. "Die drei kamen herausgestürmt. Sie waren sehr aggressiv und begannen uns anzupöbeln. Der eine hatte einen Stuhl in der erhobenen Hand und brüllte: Ich schlage euch den Schädel ein", erzählt Kreins. "Dann begannen sie zu treten und zu schlagen. Das kam so unvermittelt und spontan. Damit hatten wir auf unserem Kiezspaziergang, auf dem wir uns Kitas und die AWO angeschaut haben, überhaupt nicht gerechnet."

**Ein besonderer Brennpunkt der rechten Szene in Berlin befindet sich in der Nähe des S-Bahnhofes Schöneweide.** Vom tristen und heruntergekommenen Bahnhof führt eine Treppe zu einer dunklen Unterführung. Von einem Jugendprojekt wurden die Kachelwände des Tunnels mit Bildern bemalt, die die kulturelle Vielfalt Berlins darstellen sollen. Auf einige der im Comic-Style gemalten Menschen hat jemand dann die von der rechten Szene verwendeten Zahlenkombinationen 88, 18 oder neu, die 22 geschmiert. Geradeaus geht es weiter in die Brückenstraße, in der sich die rechte Szenekneipe Zum Henker und das neu eröffnete Hexogen befindet, ein Bedarfsladen für den rechtsextremen Szenegänger. Wer hingegen nach rechts

abbiegt, kommt zum Zentrum für Demokratie, das sich mit Ausstellungen, Seminaren und Projekttagen gegen Rechtsextremismus einsetzt. Von außen sieht das Zentrum unauffällig aus und das Bildungsangebot klingt nach demokratischer Aufbauarbeit. Nachdenklich machen dann aber die diversen Schutzmaßnahmen, die das Zentrum nach eingeschmissenen Fensterscheiben, Schmierereien und Versuchen von Mitgliedern der rechtsextremen Szene, in das Zentrum zu gelangen, ergreifen musste: Panzerglas, schwere Eisengitter und Sichtschutz vor den Fenstern und eine Alarmanlage. Aus dem Zentrum wurde eine Burg.

Nachdenklich machen auch die Erklärungen von Kati Becker, die im Zentrum arbeitet und bei einem Rundgang durch das Viertel auf die Sprühereien an den Wänden zeigt: "NS Jetzt", "88", "Anti-Antifa" und vieles mehr. Dazwischen immer wieder die Reste von Hakenkreuzen, die von der Polizei nach eingegangener Meldung übersprüht werden. Kati Becker berichtet, dass Rechte gezielt in das Gebiet zögen. Es würden nationale Wohngemeinschaften gegründet. Auch rechte Eltern suchten sich mit ihren Kindern ihren Platz im Kiez. "Hier entsteht ein kleines braunes Dorf. Die Rechten wollen sich ein soziales Umfeld schaffen, in dem sie auf der einen Seite ungestört sein können und in dem sie aber andererseits den öffentlichen Raum dominieren wollen", sagt Kati Becker. "Sie können sich dann in der Kita engagieren oder sich in den Elternbeirat der Schule wählen lassen."

Die Strategie dieser Nachbarschaftsdominanz scheint sich auszuzahlen. Bei den Berlin-Wahlen kam die NPD im Stimmbezirk 118, zu dem auch die Brückenstraße gehört, bei den Stimmen für die Bezirksverordnetenversammlung auf 11,6 Prozent und damit an die dritte Stelle.

Als es in Richtung Zum Henker weitergeht, lacht Kati Becker kurz und sagt: "Wir nähern uns dem Feind von hinten." Dann wird sie wieder ernst und zeigt auf ein Hakenkreuz, das erst frisch auf die Wand geschmiert worden sein muss. "Eigentlich ist diese Gegend hier verloren", sagt sie. "Man bräuchte eine ganze Batterie an langfristigen Projekten, um hier eine demokratische Kultur wieder dauerhaft zu etablieren." Der Berliner Verfassungsschutz bescheinigt dem Henker einen hohen Symbolwert für die rechte Szene.

Am anderen Ende der Brückenstraße gibt es seit diesem Sommer das Hexogen. Unauffällig präsentiert sich der Laden als "Security und Outdoor"-Geschäft und führt Campingartikel, Wanderschuhe, Militärklamotten und Schlagwerkzeuge. Er wird von

Sebastian Schmidtke betrieben. Der Mann agiert als Bindeglied zwischen der Berliner NPD, für die er als Vize-Landesvorsitzender aufgestellt ist, und dem Netzwerk der freien Kräfte. So trat Schmidtke beispielsweise als Veranstalter der konspirativ geplanten und in Absprache mit der Polizei geheim gehaltenen rechtsextremen Demonstration am 14. Mai in Berlin-Kreuzberg auf, bei der dann Passanten und Gegendemonstranten aus dem rechten Aufzug heraus geschlagen und getreten wurden.

Im Verfassungsschutzbericht 2010 steht zu dem Netzwerk der freien Kräfte: "Auf Eigennamen wird meist verzichtet, stattdessen werden unterschiedlichste 'Labels' wie 'Freie Kräfte Berlin' oder 'Nationaler Widerstand Berlin' verwendet." In der Vergangenheit trat Schmidtke im Namen des "Nationalen Widerstands Berlin" an die Öffentlichkeit. So liegen dem Berliner Antifaschistischen Pressearchiv (Apabiz) Aufkleber, Flyer und Flugblätter des "Nationalen Widerstands Berlin" vor, auf denen Schmidtke als Presseverantwortlicher verantwortlich zeichnet. Zudem findet sich auf der Webseite des "Nationalen Widerstands Berlin" ein Interview mit Schmidtke, in dem er diese als "unsere Weltnetzpräsenz" bezeichnet. Es ist jene Internetseite, auf der sich die Listen von Objekten angeblicher politischer Gegner befinden. Bis vor Kurzem gab es auch Personenlisten mit Fotos, die jetzt aber auf eine andere Seite ausgelagert worden sind. Offiziell hat die Seite keinen Verantwortlichen. Die Server, auf denen die Seite gehostet wird, gehören einer Firma in den USA, wie eine Internetserver-Abfrage ergibt.

Auch die gemütliche St.-Pauli-Fankneipe Astra-Stube in Berlin-Neukölln steht auf der Liste des "Nationalen Widerstands Berlin". Was das bedeutet, hat der Besitzer der Kneipe mehrfach zu spüren bekommen. Zuerst zeigt er auf die Fensterscheibe, durch die die Steine geflogen kamen, dann holt er einen wuchtigen handgroßen Straßenpflasterstein hinter einem der Strandkörbe hervor, die in seiner Kneipe stehen. "Den habe ich aufgehoben", sagt er. Der Wirt sagt: "Klar habe ich auch Plakate gegen Rechts hier hängen. Das ist doch selbstverständlich." Er zählt auf: "Wenn meine Scheiben eingeworfen, meine Autoreifen zerstoßen oder es Farbattaken gibt, ist es das eine. Wenn aber in Kauf genommen wird, dass Menschen zu Schaden kommen, wie bei den Brandanschlägen im Sommer, hat das eine ganz andere Wertigkeit." Dann erzählt er von dem Brandsatz unter seinem Auto und die Messerattacke auf ihn, möchte aber nicht, dass die Fälle, wie er es nennt, zu

sehr "aufgebauscht" werden. "Im Endeffekt stehe ich ja hier hinter der Theke, da hilft mir dann im Ernstfall auch kein Artikel in der Zeitung."

Auf die Polizei verlässt sich der Wirt ohnehin nicht mehr. "Ich habe jetzt Schutz an den Fenstern und mich mit den anderen Kneipen hier im Kiez vernetzt." Nach den Ereignissen sei zwar ein Mann vom Staatsschutz zu ihm gekommen, erzählt der Astra-Stuben-Besitzer. "Der hat mir aber nur geraten, meine Aufkleber gegen Rechts abzumachen und mich gefragt, ob ich jemanden in Springerstiefeln gesehen hätte. Seitdem ist nichts passiert."

Quelle: <http://www.tip-berlin.de/kultur-und-freizeit-stadtleben-und-leute/die-neonazi-szene-berlin>; <http://www.tip-berlin.de/kultur-und-freizeit-stadtleben-und-leute/die-neonazi-szene-berlin-teil-2>; <http://www.tip-berlin.de/kultur-und-freizeit-stadtleben-und-leute/die-neonazi-szene-berlin-teil-3>

---

IMPRESSUM:

Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick

c/o Villa offensiv

Hasselwerder Str. 38-40

12439 Berlin

E-Mail: [zfdtk@t-online.de](mailto:zfdtk@t-online.de)

Tel/Fax: 030-65487293